Nr. 141. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montag.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 19. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Von der kapitalistischen Presse.

Vor einiger Zeit stürzte sich ein Teil der bürgerlichen Presse in die Unkosten moralischer Entrüstung über eine angeblich in der „Vorwärts"-Druckerei gepflogene Schmiergelderwirtschaft. Vor Gericht sind die Behauptungen, Genosse Fischer habe sich Provisionen zahlen lassen, bekanntlich kläglich in sich zusammengebrochen. Daß die betreffenden Blätter diese verleumderischen Behauptungen überhaupt aufzustellen wagten, ist weiter nicht verwunderlich, da ja der Reichslügenverband und seine Taktik sich nicht nur der Protektion Bülows, sondern des Wohlwollens der gesamten Blockparteien erfreuen. Insofern freilich war die Verleumdungskampagne gegen den Genossen Fischer ein starkes Stück, als sich die Geschäftsgepflogenheiten bürgerlicher Blätter weit eher zu moralischen Betrachtungen verwerten lassen!

Wir wollen heute das interessante Kapitel „Kapital und Presse" nicht eingehender kritisieren, sondern nur einige kleine Beiträge dazu liefern, die ja dem Kenner der kapitalistischen Korruption der bürgerlichen Presse durchaus nichts Neues sagen, die aber immerhin in Gestalt neuester Belege beweisen, wie innig sich bei kapitalistischen Blättern Politik und Geschäft miteinander verschmelzen.

Hier die Aktenstücke:

M. Dumont-Schauberg.
Kölnische Zeitung. Köln, den 6. Mai 1908.

Die unter Teilnahme Ihrer geschätzten Firma von Mai bis Oktober d. J. in Berlin stattfindende

Deutsche Schiffbau-Ausstellung Berlin 1908

beginnt schon die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf sich zu lenken.

Bestimmt, nach riesenhaften, ideellen wie materiellen Erfolgen, den Ruf des deutschen Schiffbaues immer weiter über die ganze Welt zu verbreiten, steht zu erwarten, daß diese Ausstellung einen gewaltigen Zuzug von Besuchern aus allen Weltteilen hervorrufen und dadurch den beteiligten Schiffswerften und den verwandten Industrien günstige Verkaufsergebnisse bringen wird. Die Vorbedingung für einen ansehnlichen Erfolg Ihres Unternehmens wird freilich darin zu suchen sein, daß es Ihnen bei der überwältigenden Fülle des Gebotenen gelingt, die Interessenten auf Ihre ausgestellten Fabrikate rechtzeitig in geeigneter Weise aufmerksam zu machen.

Das kann im modernen Getriebe nur durch eine

umfassende und aufsehenerregende Zeitungsreklame

geschehen. Wenn es galt, die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf irgendein bedeutendes Unternehmen zu lenken, so haben sich die großen Industriellen Deutschlands und auch des Auslandes dazu in erster Linie stets der Kölnischen Zeitung bedient, deren Werbekraft in den wirtschaftlich hervorragenden Kreisen des Handels, der Industrie und des Unternehmertums unerreicht dasteht.

Wir erlauben uns deshalb, Sie heute zur Beteiligung an einer gemeinsam erfolgsicheren Propaganda in der Kölnischen Zeitung ergebenst einzuladen. Unter einer geschmackvollen, hervorstechenden Titelzeile werden die Anzeigen für den genannten Zweck besonders gruppiert und dadurch aus der großen Masse der übrigen Inserate wirksam herausgehoben. Der beigefügte Plan gibt Ihnen Aufschluß über die Größe der einzelnen Felder.

Es sind 10 Insertionen in Aussicht genommen, die auf die Dauer der Ausstellung zweckmäßig verteilt werden. Die Gebühren für diese 10 Insertionen betragen:

für Feld A ..... netto M. 328.—
„ „ B ..... „ „ 437.—
„ „ C ..... „ „ 656.—
„ „ D ..... „ „ 875.—

Wir glauben annehmen zu sollen, daß auch Sie den großen Wert der beabsichtigten Werbeanzeige in der Kölnischen Zeitung nicht unterschätzen werden und sehen Ihrem eventuellen Auftrage gern entgegen. —

Hochachtungsvoll
Die Expedition der Kölnischen Zeitung.

•

Berlin N. 37, den 4. Juni 1908.
Chorinerstr. 11.

Aus meiner Feder erscheint demnächst über die Deutsche Schiffbau-Ausstellung ein Referat in dem „Zentralblatt der Technischen Verwaltung", Organ für die Behörden des Eisenbahn-, Schiffbau- und Elektrizitätswesens.

Mit diesem Referat will ich eine geschäftliche Empfehlung der beteiligten Firmen verbinden und bin bereit, gegen eine Propagandagebühr von .... Mark auch Ihre Arbeiten eingehender zu beschreiben. Falls Sie damit einverstanden sind, bitte ich um eine möglichst umgehende Antwort nebst einigen Notizen oder Anhaltspunkten, von deren Veröffentlichung Sie sich einen besonderen geschäftlichen Vorteil versprechen.

Hochachtungsvoll
Max Dieske, Schriftsteller und Redakteur.
gez. Dieske.

•

Fritz Blum, Schriftsteller.
Berichterstatter für Ausstellungen.
Berlin N.W. 87, 2. 6. 08.
Wullenweberstraße 6 I.

Ueber die soeben eröffnete Deutsche Schiffbau-Ausstellung, Berlin, bringe ich demnächst in der Vossischen Zeitung einige Artikel, um Fachwelt und Laien mit den Darbietungen der ausstellenden Firmen näher bekannt zu machen. Ich erbiete mich demgemäß, auch die Ausstellung Ihrer werten Firma in diese Veröffentlichung einzubeziehen, und stelle Ihnen hierdurch ein gutes Mittel zur Verfügung, um die Interessen Ihrer werten Firma zu fördern.

Der Artikel wird sachlich und vornehm abgefaßt. Als Honorar für die Aufgabe in der Vossischen Zeitung und für meine Arbeit berechne ich 1,25 M. für die Druckzeile. Die Uebernahme des Berichtes in andere Zeitungen wird durch einen Vermerk an dem Artikel ausdrücklich gestattet und angeregt.

Ich bitte Sie, mir Ihre etwaigen besonderen Wünsche für den Text mit der zu belegenden Zeilenzahl gefälligst mitteilen zu wollen. Der Entwurf würde Ihnen vor dem Drucke zugehen.

gez. Fritz Blum.

Ich bin auch gern bereit, Sie zur Rücksprache zu besuchen.

•

Berliner Neueste Nachrichten.
Berlin SW. 11, im Juni 1908.
Königgrätzerstraße 40/42

P. P.

Die Deutsche Schiffbau-Ausstellung Berlin 1908, auf der Ihr gesch. Unternehmen, wie wir erfahren haben, auch vertreten ist, hat für die ausschließlich nationalgesinnten Leser unseres Blattes sicher großes Interesse.

Die „Berliner Neueste Nachrichten", welche in Berlin und über das ganze Deutsche Reich stark und allgemein verbreitet sind, erfreuen sich auf Grund ihrer Haltung speziell in den Kreisen der Großindustriellen und des Handels, sowie bei den Staats- und Kommunalbehörden ganz besonderer Wertschätzung.

Unsere Redaktion hat es vorgesehen, über die Ausstellung der einzelnen Firmen je nach Maßgabe zu berichten. Dadurch wird die Wirksamkeit der im Inseratenteil veröffentlichten Ankündigungen wesentlich erhöht und es kann hiernach nur äußerst vorteilhaft für Sie sein, wenn Sie sich bei Ihren Insertionen auch der „B. N. N." bedienen würden.

Wir stehen mit Probesätzen und Kostenanschlägen bereitwilligst zur Verfügung und sehen Ihrer gesch. Rückäußerung gern entgegen.

Hochachtungsvoll
Berliner Neueste Nachrichten
Anzeigen-Abteilung.

•

Da ist als erstes Blatt die „Kölnische Zeitung", das führende Organ des Nationalliberalismus! Die Expedition dieses Blattes drängt sich als holde Animiermaid an die kapitalkräftigen Firmen, die auf der Schiffbauausstellung ausgestellt haben, heran und schildert in der bestechendsten Weise die Vorteile eines möglichst teuren Inserats. Eine Anspielung auf textliche Reklame ist in dem Zirkular nicht enthalten. Aber vielleicht glaubt doch mancher Industrielle, daß er durch ein möglichst teures Inserat auch eine bessere Note im redaktionellen Teile erlangen könnte.

Daß es sehr gefällige Schriftsteller gibt, beweisen ja die Offerten der Herren Dieske und Blum. Herr Dieske verheißt, gegen eine angemessene Propagandagebühr mit seinem Referat für das „Zentralblatt der Technischen Verwaltung" auch eine geschäftliche Empfehlung der eine solche Propagandagebühr leistenden Firma zu verbinden. Er will dabei auch gern von den ihm gelieferten Notizen und Anhaltspunkten Gebrauch machen! Ein äußerst liebenswürdiges Angebot!

Herr Blum ist nicht minder liebenswürdig. Er will in der „Vossischen Zeitung" einige Artikel veröffentlichen. Er berechnet für seine Arbeiten 1,25 M. pro Zeile. Dies niedliche Zeilenhonorar soll aber nicht die Zeitung, sondern sollen die preiswert herausgestrichenen Firmen zahlen! Eine Offerte, die neben dem Gebahren des Herrn Blum auch die geschäftlichen Praktiken der „Vossischen Zeitung" eigentümlich beleuchtet. Offenbar handelt es sich wiederum um Artikel, die Herr Blum als Inserat in der „Vossischen Zeitung" erscheinen lassen will. Diese Inserate sehen aber für den Laien einem unter redaktioneller Verantwortung veröffentlichten Artikel zum Verwechseln ähnlich! Herr Blum selbst bezeichnet seine Reklame-Inserate ja denn auch als „Artikel"!

Die Krone setzen diesem — sagen wir einmal „amerikanischen" — Geschäftsgebahren die „Berliner Neuesten Nachrichten" auf. Da wird den Firmen mitgeteilt, daß die Redaktion des Blattes „je nach Maßgabe" über die Ausstellung der einzelnen Firmen zu berichten beabsichtige. Dadurch werde die Wirksamkeit der Inserate wesentlich erhöht. Sollte nicht bei derartig zum Inserieren Aufgeforderten sehr leicht die Meinung entstehen können, daß es von der Größe des Inseratenauftrages abhänge, inwieweit die einzelnen Firmen in ihren redaktionellen Besprechungen Berücksichtigung erfahren?

Kapital und Presse!

Noch ein freisinniges Schelmenstückchen!

Ein freisinniges Schelmenstück, das fast noch schäbiger ist, als die bekannten Tatsachen der im Wahlkampfe verübten freisinnigen Verrätereien an den liberalen Prinzipien und dem Wahlrecht wird aus Flensburg-Apenrade berichtet. Dort hat der Kandidat der freisinnigen Volkspartei Dr. Duus ganz unverhofft einen Sieg davongetragen, den er sich nach dem Ausfall der Urwahlen sicherlich selbst nicht hatte träumen lassen. Bei den Urwahlen waren nämlich nur 85 freisinnige Wahlmänner gegenüber 126 konservativen und 117 nationalliberalen Wahlmännern gewählt worden, während die Sozialdemokratie 61 Wahlmänner durchgebracht hatte. Es hätte also aller Voraussicht nach zu einer Stichwahl zwischen Konservativen und Nationalliberalen kommen müssen. Aber es geschah das Verblüffende, daß bei der Wahl am 16. Juni der freisinnige Kandidat mit 206 Stimmen gleich im ersten Wahlgange gewählt wurde! Dies Wunder war dadurch zustande gekommen, daß die Konservativen freiwillig aus der Stichwahl ausgeschieden waren und für den freisinnigen Volksparteiler gestimmt hatten! Diesem Rücktritt der konservativen Agrarier lag aber nichts weniger als Selbstlosigkeit zugrunde, sondern ein schamloses Schachergeschäft mit dem Freisinn!

Ueber diesen Schacher wird der „Kieler Zeitung" aus Flensburg gemeldet:

„Die Führer der Angelnschen Agrarier waren mit dem Vorstande des hiesigen freisinnigen Vereins in Unterhandlungen getreten und hatten einen schriftlichen Vertrag abgeschlossen, wonach die Agrarier sich verpflichteten, am heutigen Tage im ersten Wahlgange für den freisinnigen Kandidaten Dr. Duus einzutreten, falls die Freisinnigen sich bereit erklärten, bei der nächsten Reichstagswahl dem ländlichen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Dieser Pakt ist zwischen Freisinnigen und Agrariern abgeschlossen und heute zur Geltung gekommen, ihm verdankt Dr. Duus seine Wahl."

Selbst die „Kieler Zeitung", die seit jeher im freisinnigen Lager sehr weit rechts gestanden hat, vermag dies unglaubliche Abkommen nicht zu billigen. Das „Berliner Tageblatt" vollends bemerkt dazu:

„Ist es wahr, daß der Freisinnige Verein einen solchen Vertrag abgeschlossen hat? Ist dieser Vertrag mit Zustimmung der freisinnigen Parteileitung vereinbart worden? Und wenn die freisinnige Parteileitung behaupten sollte, von dem Flensburger Handel nichts gewußt zu haben, ist sie bereit, das Verhalten des Flensburger Vereins zu mißbilligen, seine Abmachungen als ungültig und als einen Verstoß gegen die freisinnigen Grundsätze zu bezeichnen? Auf diese Frage gehört eine klipp und klare Antwort, wenn die freisinnige Volkspartei nicht den letzten Rest von Reputation im Lande verlieren soll.

Die Flensburger Abmachung wäre um so skandalöser, als bisher die Agrarier in Apenrade-Flensburg überhaupt keine Rolle bei den Reichstagswahlen gespielt haben. An der Spitze standen bei den Wahlen im Jahre 1907 die Nationalliberalen mit fast 7000 Stimmen, dann kam der Sozialdemokrat mit mehr als 6000 Stimmen, dann der Freisinnige mit fast 5000 Stimmen, und auch dann kam der agrarisch-antisemitische Kandidat mit etwas über 2000 Stimmen noch immer nicht, sondern vor ihm rangiert noch der dänische Kandidat mit mehr als 3000 Stimmen. Die agrarische Partei, die in diesem Wahlkreise bisher überhaupt nichts zu sagen hatte, mit freisinniger Unterstützung in die Höhe bringen zu wollen, das ist so töricht und so illiberal zugleich, daß man immer wieder zweifeln muß, ob wirklich die freisinnige Volkspartei ein so unglaubliches Versprechen gegeben haben kann."

Das „Berliner Tageblatt" meint dann freilich gleich, daß bei Gott und dem Freisinn kein Ding unmöglich sei, und daß ja die Agrarier längst unter Umgehung der Nationalliberalen mit dem Freisinn angebandelt hätten. Deshalb wird es schon mit dem Flensburger Fall seine Richtigkeit haben! Der Freisinn hat ja bei der Reichstagswahl 1907 und bei der verflossenen Landtagswahl den konservativen Brotwucherern so viele Mandate zugeschanzt, daß er auch diese neueste Volks- und Wahlrechtsverräterei mit seinem „freisinnigen Gewissen" vereinbaren wird!

Der Kampf um die Hochschulen.

Aus Wien wird uns vom 17. Juni geschrieben:

In den Kampf um die Freiheit und das Recht der Hochschulen, der sich aus der Affäre des Innsbrucker Professors entwickelte, und nun alle Gemüter gefangen nimmt, hat sich nun auch der Kaiser hineingemischt. Während sich der Kaiser Franz Josef sonst auf die in Oesterreich zu einer gewissen Berühmtheit gekommene Bemerkung beschränkt: „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut!", hat er diesmal das Gegenteil gesagt. Bei der „Einweihung" einer Kinderschutzstation, an der die beteiligten Würdenträger teilnahmen, schrie er gestern den anwesenden Unterrichtsminister mit den Worten an: „Machen Sie einmal diesem Skandal ein Ende! Ihre Rektoren sind eine nette Gesellschaft!" Die anwesenden christlichsozialen Minister überbrachten die kaiserliche Kritik brühwarm ihrem Parteiblatt und so weiß heute Oesterreich, wie sein Kaiser den

Kampf um die Freiheit der Forschung und das Lehrrecht der Universität bewertet. Welche Folgen die kaiserliche Kritik haben wird, läßt sich von vornherein nicht ermessen. Eigentlich müßte zu allererst der Unterrichtsminister demissionieren, der mit der „netten Gesellschaft" drei Tage konferiert hat und deren Kundgebungen mit ihm vereinbart worden sind. Aber da das Koalitionskabinett entschlossen ist, unter allen Umständen in Amt und Würden zu bleiben und diese Entschlossenheit nun der gesamte Inhalt seines Regierens geworden ist, so wird der Unterrichtsminister, dem es persönlich an Freisinn und Würde nicht mangelt, der aber von dem Großmeister der Skrupellosigkeit, dem Ministerpräsidenten Beck, in aller Form gefangen gehalten wird, den „kaiserlichen" Rüffel wohl einstecken müssen. Vielleicht wird die feinsinnige Aeußerung des jubilierenden Kaisers nur ein Beitrag zum — Regierungsjubiläum bleiben.

Denn jener „Skandal" ist als eine bewußte und tatkräftige Wehr gegen die Umklammerung durch den verderbenden Klerikalismus eine sehr erfreuliche Erscheinung. Wie noch in Erinnerung, besteht die Affäre Wahrmund, aus der er stammt, darin, daß dieser Professor, der an der Innsbrucker Universität Kirchenrecht lehrt, in einer Versammlung einen Vortrag über die päpstliche Enzyklika gegen die Modernisten hielt, welchen Vortrag er dann als Broschüre erscheinen ließ. Obwohl weder der Vortrag noch das Schriftchen mit der Lehrtätigkeit des Professors das geringste zu tun haben, erhoben die Klerikalen einen Riesenlärm und forderten zum mindesten die Entlassung des Professors, der es gewagt hatte, in einem populären Vortrag das Dogma von der Jungfräulichkeit Marias zu bezweifeln. Es ist auch richtig: mit einem solchen Ketzer hätte man früher keine Geschichten gemacht und vor ein paar Jahren wäre er einfach auf kaltem Wege erwürgt worden. Aber die Wahlreform, die dem Klerikalismus so große parlamentarische Macht verschaffte, hat auch die Gegenkräfte emporgebracht, vor allem die Sozialdemokratie, bei der die Freiheit des wissenschaftlichen Forschens in sicherer Hut ist. Obwohl nur gezwungen und halbschlächtig, mußten die deutschbürgerlichen Parteien, die auf das freisinnige Programm gewählt sind, unter ihrem Drucke das Lehrrecht des Professors zu ihrer Sache machen; und wenngleich es gelungen ist, die Broschüre durch das berüchtigte objektive Verfahren — Konfiskation und Verbot — zu unterdrücken: eine Maßregelung des tapferen Professors ist ausgeschlossen — nicht eigentlich, trotzdem sie die Klerikalen begehren, vielleicht mehr, weil sie sie fordern. Wohl wurde durch die Nachgiebigkeit des Innsbrucker Professorenkollegiums Wahrmund daran verhindert, in diesem Sommersemester zu lesen, und wahrscheinlich wird der formale Streit durch ein echt österreichisches Kompromiß aufgelöst werden: daß nämlich Wahrmund eine Berufung an die Grazer oder an die Prager Universität, die dem inneren Range nach höher stehen, erhält und so von Innsbruck entfernt wird, aber das Wesentliche des Kampfes liegt natürlich nicht in der Person, liegt in der Sache. Und die ist, daß die Macht des Klerikalismus, obgleich sie, wie der kaiserliche Anwurf zeigt, an dem bigotten Hofe einen so mächtigen Verbündeten besitzt, ihre bestimmte Grenze hat, und über diese Grenze, ohne die Unvermeidlichkeit der Niederlage, nicht greifen darf. Daß man Wahrmund daran gehindert hat, in Innsbruck zu lesen, was übrigens nur durch die kompliziertesten Listen möglich war, hat ausschließlich in den taktischen Bedürfnissen der Koalitionsregierung seinen Grund. Aber angezündet werden die Scheiterhaufen nach dem Willen der Klerikalen nimmer; und daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung ihren Religionsbetrieb stören, wird niemals mehr zu einer Unterdrückung oder Vergewaltigung des wissenschaftlichen Forschens führen. Wenn das feige Bürgertum versagen sollte, so werden die Arbeiter die Wissenschaft vor den Anschlägen der Feinde zu schützen wissen.

Tapfer haben sich in dem Krieg die Studenten gehalten, und man merkt, daß der sozialistische Einschlag in der Studentenschaft dabei kräftig mitgewirkt hat. Ihnen ist es zu verdanken, daß der Feigheit der Innsbrucker Professoren, die das Lehrrecht ihres Kollegen dem politischen Bedürfnisse der Regierung zuerst aufopfern wollten, ein Riegel vorgeschoben wurde und daß die Rektoren aller Hochschulen gezwungen wurden, in dem Kampfe mitzufechten. Als der Unterrichtsminister den Professor Wahrmund auch den bescheidenen Rest seiner Lehrtätigkeit, die Abhaltung des Seminars, verkümmern wollte, traten sie in den Generalstreik, der zur Sistierung des gesamten österreichischen Universitätsbetriebes geführt hat. Ob der Streik fortgesetzt oder beendigt werden soll, ist nun die Frage. Der Unterrichtsminister hat einfach eine Konferenz von sämtlichen Rektoren zusammenberufen, die an die Studenten eine Kundgebung gerichtet haben, worin sie, unter der bestimmtesten Versicherung, daß die Lehrfreiheit der Universitätsprofessoren „in vollem Umfang aller Orte unbedingt respektiert werden wird", die Studenten auffordern, den Streik aufzugeben. Aber die entflammten jungen Leute scheuen auch den Schein der Nachgiebigkeit; und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Streik trotz aller diplomatischen Beschwichtigungen und Ermahnungen fortgesetzt und ausgekämpft werden wird. Von dem Marasmus, dem die sogenannten freiheitlichen Parteien des Bürgertums in Oesterreich sichtlich entgegenwanken, sticht der lebendige Mut ihrer Jugend wohltuend ab. Die Bäume des Klerikalismus werden auch in Oesterreich nicht in den Himmel wachsen.

* * *

Wien, 18. Juni. Abg. Adler interpellierte im Abgeordnetenhause namens der Sozialdemokraten den Unterrichtsminister wegen der Kaiserworte über die Rektoren und fragte, ob diese Kaiserworte auf einer Information des Ministers beruhen oder auf Informationen von einer Seite, die dazu nicht berufen und dem Parlament nicht verantwortlich sei und welche Schritte getan seien, um den schlecht informierten Kaiser besser zu informieren und der Studentenschaft wie den Rektoren für die Aeußerung die nötige Genugtuung zu verschaffen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juni 1908.

Zusammentritt des preußischen Landtags.

Der Minister des Innern v. Moltke macht im „Reichsanzeiger" im Anschluß an die gestern veröffentlichte „allerhöchste" Verordnung bekannt, daß die Eröffnung der Tagung des Landtags am 26. Juni vormittags 11 Uhr in gemeinschaftlicher Sitzung beider Häuser im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses stattfinden werde. —

Die Rechte und die Wahlreform.

Die „Deutsche Tageszeitung" erklärt abermals an leitender Stelle, daß das Agrariertum nicht dulden werde, daß eine Aenderung des Wahlrechts erfolge. Das Dreiklassenwahlrecht, wie es gegenwärtig bestehe, sichere den Deutschkonservativen die Mehrheit gegenüber Liberalen, Polen und Sozialdemokraten. Nicht nur auf dem Lande, sondern auch in einer Reihe teilweise oder ganz städtischer Wahlkreise ermögliche nur das Dreiklassenwahlrecht den Sieg des Konservativen.

Aber auch die Beseitigung des öffentlichen Wahlrechts wird von dem Agrarierblatt auf das lebhafteste bekämpft. Die öffentliche Stimmabgabe sei „sittlich die wertvollere Form der politischen Betätigung."

„Die geheime Abstimmung hat ein Ueberzeugungs- und gewissenloses Mitläufertum begünstigt; in einer gewissen „Simplizissimus-Stimmung" haben große Mengen der Wähler in den Isolierzellen einen roten Stimmzettel beschrieben. Diesen Elementen, die in Wirklichkeit von der Unsinnigkeit der Sozialdemokratie meist ebenso überzeugt sind wie wir, muß das Gewissen dahin geschärft werden, daß die Parlamentswahl keine Gelegenheit einer Verärgerung oder einer Augenblickslaune Raum zu geben sein darf, sondern daß sie eine höchst ernste und verantwortungsvolle Angelegenheit für jeden Einzelnen ist. Und auch ganz allgemein wird der Wähler ernstlicher mit sich zu Rate gehen und sein Gewissen schärfer prüfen, wenn er bei dem Wahlakte vor aller Welt offen Zeugnis ablegen muß. Eine solche ernste und gewissenhafte Behandlung des Wahlrechts aber entspricht ebensosehr nicht nur der Würde des staatlichen Lebens, sondern auch den besten Eigenschaften des germanischen Charakters, wie die Heimlichkeit bei der Ausübung des wichtigsten politischen Volksrechtes ihnen widerstreitet."

So töricht dieses Gerede ist, das nur den behördlichen und privaten Terrorismus der Junkerklasse beschönigen soll, es beweist jedenfalls das eine, daß sich die Junker mit aller Wucht einer Wahlreform entgegenstemmen werden! —

Der Strafvollzugs-Skandal von Allenstein

hat sein Ende gefunden. Der Appell an die Oeffentlichkeit in Sachen des Genossen Marckwald hat genützt. Aus Königsberg wird uns vom 17. Juni gemeldet, daß dem Genossen Marckwald seit Montag, den 15. Juni, die Selbstbeschäftigung gewährt worden ist.

Nach einer gleichzeitigen Meldung der „N. Pol. Korresp." hat der Justizminister auf Grund der Zeitungsmeldungen den zuständigen Oberstaatsanwalt telegraphisch aufgefordert, die Beschäftigung Marckwalds mit Netzestricken sofort einstellen zu lassen. Zugleich soll dem Minister über den etwaigen in den Zeitungen ebenfalls erwähnten Antrag des Verurteilten auf Selbstbeköstigung, gegen die der Justizminister keine Bedenken haben würde, umgehend berichtet werden.

Der Justizminister hat also auf Grund der Zeitungsmeldungen telegraphisch eingegriffen. Das ist ein in der preußischen Bureaukratie, für die sonst außerhalb der Akten außerhalb der Welt ist und die im allgemeinen mit prätentiöser Nichtachtung auf die unzuverlässigen Meldungen der Gazetten herabzusehen beliebt, sofern diese Meldungen ihr unbequem sind, ein ganz außergewöhnlicher Vorgang. Man darf daraus schließen, daß dem Minister die Aufdeckung des Skandals, der aufreizende Vergleich zwischen der Behandlung Marckwalds und der des Grafen Lynar sehr unangenehm gewesen ist. Er hat offenbar empfunden, daß sich das Verfahren des Oberstaatsanwalts vor der Oeffentlichkeit absolut nicht rechtfertigen läßt. Das ist für einen preußischen Minister mehr, als man bisher gewohnt war.

Denn in Preußen verstehen sich viele in Kulturstaaten selbstverständliche Dinge noch lange nicht von selbst. Die Maßnahme des Ministers darf deshalb mit einer gewissen Genugtuung verzeichnet werden. Im übrigen wollen wir nicht unterlassen festzustellen, daß mit der Gewährung der Selbstbeschäftigung für Marckwald lediglich dem Gesetz Genüge geschehen ist. —

Der badische Nationalliberalismus

sagt sich: nulla dies sine linea. Jeder Tag bringt uns zum Verrat an den liberalen Grundsätzen. Am Dienstag wurde in der Zweiten badischen Kammer das Pfarrdotationsgesetz (Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer der anerkannten christlichen Konfessionen mit etwa 700 000 Mark) vorgelegt, das im Jahre 1876 als einmalige Aushilfe gedacht war und seither vom Liberalismus stets immer wieder verleugnet worden ist. Die Nationalliberalen wandten sich diesmal nur gegen den Antrag des Zentrums, der auch noch eine Erhöhung der Zulagen verlangte. Den prinzipiellen Standpunkt der Trennung von Kirche und Staat vertrat der sozialdemokratische Abgeordnete Süßkind und der Demokrat Dr. Heimburger, welch letzterer vom Block nur die fünf demokratischen Stimmen mit den unserigen gegen diese Beutelschneiderei des Klerus herüberbrachte. Die mit der „Religion" den Staat rettenden Ultramontanen, Nationalliberalen und Konservativen lagen sich brüderlich in den Armen!

Oesterreich.

Der Studentenstreik.

Wien, 18. Juni. Der Studentenstreik beginnt abzuflauen und dürfte, nachdem Professor Wahrmund freiwillig auf seine Lehrtätigkeit in Innsbruck verzichtet und die ihm angebotene Professur an der Prager Universität angenommen hat und sich bereits in den nächsten Tagen nach Prag begeben wird, morgen oder spätestens Montag beendet sein.

Frankreich.

Die Trennung der Kirche vom Staat.

Paris, 18. Juni. Der Vertreter des kirchlichen Sequesters hat die Pariser Pfarrer ersucht, ihm anzugeben, wann er von den sequestrierten Geldern und Schriftstücken der ehemaligen Kirchenfabriken Besitz ergreifen könne. Da die Pfarrer entsprechend den ihnen vom Papste erteilten Weisungen sich allen Maßnahmen der staatlichen Behörden gegenüber völlig passiv verhalten, wird befürchtet, daß die beabsichtigte Besitzergreifung zu neuen Zwistigkeiten und Schwierigkeiten Anlaß geben wird. —

Belgien.

Gegen die Kongovorlage.

Brüssel, 18. Juni. In der Kammer legte der Sozialist Destré dar, daß die letzten Kammerwahlen den Beweis gebracht hätten, daß die Regierung nicht mehr die notwendige Autorität besitze, um die wichtige Kongodebatte zu einem befriedigenden Abschluß zu führen. Er bringe einen Antrag in diesem Sinne ein. Derselbe wurde mit 50 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Destré forderte darauf in einem neuen Antrag Aufschluß über die genauen Absichten der Engländer und die Pläne der Regierung. Er schlage vor, die Debatte zu vertagen und frage, ob der im Graubuch und Weißbuch enthaltene Brief vom 24. April die letzte Korrespondenz bilde, was vom Minister des Aeußern bejaht wurde. Nach längerer ungeregelter Debatte wurde der Antrag Destré fallen gelassen zugunsten eines ähnlichen Antrages Neujean auf Vertagung der Debatte, der mit 68 gegen 53 Stimmen abgelehnt wurde. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Italien.

Journalistenstreik?

Rom, 18. Juni. Deputiertenkammer. Als in der heutigen Sitzung die Abgeordneten Barzilai und Santini über eine persönliche Angelegenheit Erklärungen austauschten, machte sich auf der Journalistentribüne Unruhe bemerkbar. Santini rief hierauf den Journalisten ein Schimpfwort zu. Die Journalisten erwiderten darauf ebenfalls mit heftigen Worten. Der Präsident forderte die Vertreter der Presse auf, die Verhandlungen nicht zu stören, aber der Lärm hörte nicht auf. Der Präsident ordnete die Räumung der Tribüne an und hob die Sitzung unter großer Erregung auf. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach der Präsident unter lebhaftem Beifall sein Bedauern über den Zwischenfall aus. Die Journalisten, die auf die Tribüne zurückgekehrt waren, verließen sie wieder, da Santini die Beleidigung nicht zurückgenommen hatte. Die Sitzung wurde fortgesetzt, ohne daß die Vertreter der Presse anwesend waren. Sie haben beschlossen, dem Abgeordneten Santini ihre Zeugen zu schicken.

Rußland.

Die konstitutionelle Lüge.

Der Finanzminister Kokowzew hat bekanntlich kürzlich der Duma den Hohn ins Gesicht geschleudert: Gott sei Dank, noch haben wir keine Konstitution. Er hat sich beeilt, diese Worte zu beweisen, indem er unter Nichtachtung der verfassungsmäßigen Bestimmungen die Ausgabe von 163 Millionen Schatzscheinen anordnete. Eine Interpellation beantwortete er mit neuem Hohn und erklärte einfach, das gesetzliche Recht stünde auf seiner Seite. Die Duma aber, der diesmal die Opposition nicht allerhöchst angeordnet war, sprang über den Stock und nahm folgende Tagesordnung an:

„Nach den Erklärungen des Finanzministers hofft die Duma, daß der Minister in Zukunft sich bei seinen Handlungen genau an den Sinn der Gesetze halten und daß jede Emission nur mit Genehmigung der legislativen Institutionen erfolgen wird. Hierauf bewilligte die Duma den Etat des Staatskreditsystems mit den von der Budgetkommission beantragten Aenderungen, nach denen die oben erwähnten 163 Millionen in den Etat eingestellt werden."

Also die Duma stellt zunächst fest, daß die Verfassung verletzt ist und gibt dann durch Bewilligung des Etatpostens dazu ihren Segen. Man sieht also, Herr Kokowzew hat recht und Rußland wirklich keine Konstitution. —

Amerika.

Die Arbeiter und die Wahlen.

Die Ausarbeitung des Wahlprogramms, das der in Chicago versammelte Konvent der republikanischen Partei annehmen soll, ist diesmal schwieriger als sonst. Die Schwierigkeiten entstehen aus dem Erwachen des Klassenbewußtseins der Arbeiter. Die unermüdliche Tätigkeit unserer energischen amerikanischen Genossen beginnt ihre Früchte zu tragen. Andererseits sind es die Feinde der Arbeiter, die die Notwendigkeit einer unabhängigen Arbeiterpartei bewiesen haben. Ebenso wie in England haben die gewerkschaftsfeindlichen Entscheidungen der amerikanischen Bundesgerichte, die den Boykott unmöglich machen und die Existenz der Gewerkschaften selbst bedrohen, die Arbeiter zum Kampf gerufen. Und selbst ein so durchaus in bürgerlichen Anschauungen befangener Mann wie es Samuel Gompers, der Führer der amerikanischen Gewerkschaften ist, muß den Republikanern, seinen politischen Freunden, Opposition machen. Die Republikaner möchten gern mit einer Scheinkonzession davonkommen. Sie wollen erklären, für eine Einschränkung der Befugnis der Bundesgerichte einzutreten, wonach diese bei Streiks und Boykotts vollstreckbare Verfügungen zuungunsten der Arbeiter erlassen dürfen. Gompers muß natürlich mehr fordern. Er verlangt völlige Aufhebung des Verfügungsrechts der Gerichte und ausdrückliche Anerkennung des Rechts der Arbeiterschaft, durch organisierte Anstrengung ihre Lage zu verbessern, ohne daß dieser Zusammenschluß als „ungesetzmäßige Vereinigung zur Beschränkung von Handel und Gewerbe" erklärt werden darf. Außerdem fordert er das Frauenstimmrecht und die Errichtung eines Arbeitsministeriums.

Es ist charakteristisch, daß die großen Kapitalisten diesen Forderungen keinen starken Widerstand entgegensetzen. Einmal möchten auch sie der Rechtsprechung gegen die „Monopole" zu Leibe gehen. Denn unter dieser leiden nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Trusts. Dann aber wissen sie, daß die republikanische Partei die Partei des Großkapitals ist und daß sie von der republikanischen Arbeiterfreundlichkeit nichts zu fürchten haben werden. Das weiß natürlich auch Gompers. Aber er muß diesmal, anders als sonst, wenigstens bestimmte Arbeiterforderungen aufstellen, ohne deren Gewährung er die Arbeiter nicht mehr an die republikanische Partei verraten kann. Die Partei aber ist in der üblen Lage, sich entweder auf Forderungen zu verpflichten, die sie erfüllen weder kann noch will, um dann bei den nächsten Wahlen von den Arbeitern immer energischer zur Rechenschaft gezogen zu werden, oder aber diese Forderungen abzuweisen und dann die Arbeiter um so rascher dem Sozialismus sich zuwenden zu sehen.

Aber wie immer die Entscheidung fallen möge, fest steht, daß zum erstenmal die Arbeiterfrage im Wahlkampf eine Hauptrolle spielen wird. Das aber gibt unseren amerikanischen Genossen eine ausgezeichnete Gelegenheit, das erwachende Klassenbewußtsein zu schüren und die Notwendigkeit des Anschlusses der Arbeiter an die Sozialdemokratie darzulegen. Und mit großer Energie haben sich unsere Genossen an diese Aufgabe gemacht. Genosse Debs hat seinen Wahlfeldzug bereits begonnen und das Doppelspiel Gompers' wird seine Aufklärungsarbeit wesentlich erleichtern.

Der Konvent.

Chicago, 17. Juni. Bundessenator Lodge, der zum ständigen Vorsitzenden des republikanischen Konvents gewählt wurde, führte in einer Ansprache aus, Roosevelts Weigerung, die Wiedernomination zur Präsidentschaft anzunehmen, sei endgültig und unwiderruflich. Jeder, der versuche, seinen Namen in Verbindung mit der Präsidentschaftskandidatur zu gebrauchen, greife Roosevelts Aufrichtigkeit an, die eine seiner Haupteigenschaften sei. An der Politik, die Roosevelt hinterlasse, halte seine Partei weiter fest.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wurde Bundessenator Lodge durch mehrfache langanhaltende Beifallskundgebungen für Roosevelt unterbrochen. Die Delegierten stellten sich auf die Stühle und schwenkten in großer Begeisterung Fahnen und Hüte. 50 Minuten lang dauerte der Ovationsspektakel ununterbrochen an. Roosevelt soll ihn telephonisch mitangehört haben.

Aus der Partei.

Die Jugendorganisation.

Zur Erklärung des Parteibureaus schreibt die „Leipziger Volkszeitung" u. a.:

„Die einzigen Konsequenzen, die nach unserer Ansicht die Partei aus dem Reichsvereinsgesetz zu ziehen hat, bestehen darin, daß sie die Organisationsform der norddeutschen Jugendvereine und nicht die Auflösung der süddeutschen Jugendvereine auf ganz Deutschland überträgt. Diese norddeutschen Verbände haben sich bekanntlich nicht aufgelöst und die Darmstädter Beschlüsse ausdrücklich gemißbilligt. Daß wir unsern Gegnern mit der Auflösung der selbständigen Jugendorganisationen einen Gefallen tun, beweist ein Blick in die bürgerliche Presse, die eine wilde Freude über diese Pläne äußert und den Behörden den Rat gibt, „den hier und da in der Sozialdemokratie vorhandenen Absichten auf eine Auflösung der jungen Garde mit sanftem Drucke nachzuhelfen". Wenn nun aber das Parteibureau behauptet, alles das sei längst bekannt, so irrt es sich. Auf dem Darmstädter Kongreß gab Kollege Müller vom Parteivorstand nur die allgemeine Erklärung ab, daß sich der Parteitag mit den Details der Jugendorganisationen noch zu beschäftigen haben dürfte. Keine Rede aber war davon, daß diese „Details", wie jetzt bekannt wird, einfach in der Uebertragung der Darmstädter Auflösungsbeschlüsse auf ganz Deutschland bestehen sollen.

Aber mit diesen Ausführungen des Parteibureaus ist ja der Kern der Sache überhaupt nicht getroffen. Das Parteibureau begründet die Notwendigkeit einer Organisationsänderung der Jugendlichen mit dem Reichsvereinsgesetz. Genosse Legien aber erklärte in seinem Artikel ausdrücklich:

„Zur letztgenannten Materie (Erziehung der Jugendlichen) hat bereits eine Konferenz von Vertretern der Vorstände der Zentralverbände Stellung genommen, bevor noch durch das Reichsvereinsgesetz eine veränderte Situation geschaffen war. In gewerkschaftlichen Kreisen war, was auf der Konferenz der Vorstandsvertreter einmütig zum Ausdruck gebracht wurde, allgemein die Ansicht vorherrschend, daß die in den letzten Jahren geschaffenen Jugendorganisationen ein verfehltes Unternehmen seien."

Danach also war man in Gewerkschaftskreisen schon lange entschlossen, den bestehenden Jugendorganisationen den Garaus zu machen, und das Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes bot nur die erwünschte Handhabe. Uns aber scheint die Aufrechterhaltung selbständiger Jugendorganisationen ein wesentliches Parteiinteresse zu sein und deshalb würden wir die Uebertragung der Darmstädter Beschlüsse auf ganz Deutschland lebhaft bedauern.

Ob es besser und zweckmäßiger ist, die Jugend in unpolitischen Organisationen zu sammeln oder sie in der Weise, wie es in Darmstadt beschlossen wurde, politisch zu schulen, das ist eine strittige Frage. Die selbständige Jugendorganisation hat den Vorzug, daß sie die Jugend zu selbständiger Betätigung ruft und also ihr Interesse lebhafter weckt, als es Veranstaltungen vermögen, bei denen sie nicht selbst mitzuarbeiten hat. Hätte das Reichsvereinsgesetz den Jugendlichen ohne Unterschied das volle Vereins- und Versammlungsrecht gegeben, so hätten wir die Ausdehnung der politischen Jugendorganisationen über ganz Deutschland entschieden gefordert. Bei dem jetzigen Stande der Dinge aber ist zu erwägen, welcher der beiden offenstehenden Wege den meisten Erfolg verspricht. Dabei haben die Kenner der Verwaltungspraxis auf dem Gebiet des Vereinsrechts ein gewichtiges Wort mitzureden. Wir können die Frage deshalb vorerst nur als offene behandeln.

Gegen die Behauptung des Legienschen Artikels in den „Sozialistischen Monatsheften" bezw. der Gewerkschaftsvorständekonferenz, daß die in den letzten Jahren geschaffenen Jugendorganisationen ein verfehltes Unternehmen seien, legen wir Verwahrung ein. Die Ergebnisse sind nicht überall zufriedenstellend gewesen, aber es heißt einzelne örtliche Erscheinungen während eines relativ kurzen Zeitraumes unzulässig verallgemeinern, wenn man von verfehlten Unternehmen spricht. An nicht wenigen Stellen sind ganz erfreuliche Resultate erzielt worden und bei längerer Dauer würden die Erfahrungen der betreffenden Orte auf die Entwickelung der Organisationen in den anderen günstig zurückgewirkt haben. Wir befinden uns auf diesem Gebiete gewissermaßen noch im Experimentierstadium.

Nicht weniger verfehlt als dies Urteil des Legienschen Artikels über die Jugendorganisationen sind seine folgenden Ausführungen, in denen gewissermaßen Richtlinien für unsere Einwirkung auf die Jugend gegeben werden sollen. Es heißt da:

„. . . Gewiß muß von der Arbeiterschaft, sowohl der gewerkschaftlich wie der politisch organisierten, auf die Erziehung der Jugend eingewirkt werden, zumal die christlichen und liberalen Parteien ihren Einfluß auf diese geltend zu machen suchen, um sie von der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Hierzu bedarf es aber nicht besonderer Vereinigungen der Jugendlichen, die ohne genügenden Einfluß Erwachsener leicht auf Wege geraten, die nicht zur Heranbildung der Jugendlichen zu tätigen Mitgliedern der Arbeiterorganisationen führen. Der Jugend muß die Jugendzeit erhalten bleiben. Man soll nicht zu frühzeitig ihr Hirn mit schwierigen sozialen oder politischen Fragen beschäftigen, sondern die körperliche Entwickelung fördern und in Verbindung damit den Geist zu beeinflussen suchen. In einem gesunden Körper eine gesunde Seele: das muß der leitende Gedanke bei der Erziehung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sein. Darum müssen Einrichtungen geschaffen werden, in denen geeignete erwachsene Personen unter Anteilnahme einer Vertretung der Jugendlichen in dieser Weise wirken, aber eine selbständige Organisation der Jugendlichen erweist sich nicht als zweckmäßig . . ."

Diese Richtlinien entsprechen in keiner Weise denen, die zu Darmstadt aufgestellt worden sind. Dort ist gesagt worden, daß im Geiste der aufgelösten politischen Jugendorganisationen weitergearbeitet werden muß und dafür muß sich auch der Nürnberger Parteitag erklären.

Personalien. Für die „Fränkische Volkstribüne" in Bayreuth, die ab 1. Oktober in neuem Gewand erscheint und in eigener Druckerei hergestellt wird, wurde Genosse Fritz Puchta, zurzeit an der Redaktion der „Oberfränkischen Volkszeitung" in Hof, zum Redakteur gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In die deutsche Freiheit zurückgekehrt ist am Donnerstag vormittag Genosse Dikreiter von der „Altenburger Volkszeitung". Er hat wegen angeblicher Lehrer- und Bürgermeisterbeleidigung 45 Tage hinter den schwedischen Gardinen über die Vortrefflichkeit der deutschen Justiz nachdenken müssen.

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteherstellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Das Andenken des verstorbenen Stadtv. Schlöpke (Fr. Fr.) und des Bürgerdeputierten Kaufmann Baumann ehrt die Versammlung in der üblichen Weise.

Zur Repräsentation Berlins auf dem diesjährigen Städtetage in München sind außer den beiden Vorstehern noch 10 Mitglieder aus der Mitte der Versammlung zu wählen gewesen. Unter den Gewählten befinden sich auch die Stadtvv. Borgmann und Bruns (Soz.).

An Stelle des verstorbenen Schlöpke werden gewählt: in den Rechnungsausschuß Stadtv. Dr. Ritter, in die Deputation für die Feuersozietät Stadtv. Liebeherr, in die Steuerdeputation Stadtv. Göroldt.

Der aus Anlaß des Antrags Barth betr. die Dachstuhlbrände eingesetzte Ausschuß macht einstimmig folgende Vorschläge:

a) Die Hauseigentümer aufzufordern, für eine ständige Bewachung der Bodengeschosse der Häuser, insbesondere bei Eckhäusern, sowie für einen festen Verschluß der Eingangstüren zu den Böden Sorge zu tragen;

b) Mittel aus dem Feuersozietätsetat bereitzustellen, um durch Aussetzung einiger möglichst hoher Prämien den fortgesetzten Brandstiftungen in Berlin ein Ende zu machen.

Referent ist Stadtv. Jacobi (A. L.):

Es ist hierzu von der sozialdemokratischen Fraktion ein Zusatzantrag eingereicht, wonach der Magistrat ersucht werden soll, mit den Staatsbehörden betreffs Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt in Verhandlung zu treten.

Der Vorsteherstellvertreter Cassel hält einen inneren Zusammenhang dieses Antrages mit der zur Beratung stehenden Materie nicht für gegeben und hat gegen die gemeinsame Beratung auch sonstige Geschäftsordnungsbedenken, da über den Antrag Barth heute abgestimmt werden könne, da über den neuen Antrag aber nicht, da dieser einer Ausschußberatung unterliegen müsse.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Ich will dagegen nicht opponieren, bitte dann aber bei dem so engen Zusammenhang beider Gegenstände, diese gemeinschaftlich in der nächsten Sitzung zu verhandeln.

Vorst.-Stellv. Cassel: Sie wünschen also die Absetzung des Gegenstandes von der heutigen Tagesordnung? (Wird bejaht.)

Die Versammlung lehnt die Absetzung ab und tritt in die Beratung ein.

Referent Jacobi bemerkt, daß von Februar bis Mai 187 Dachstuhlbrände stattgefunden haben.

Stadtrat Wagner: Ich gebe persönlich meiner Auffassung Ausdruck, daß gegen die Verwendung der Gelder aus der Feuersozietät für diesen Zweck Bedenken vorhanden sind. In dem Reglement ist ein solcher Verwendungszweck unter den ausdrücklich präzisierten Verwendungszwecken nicht vorgesehen. Es wird sich empfehlen, dem Magistrat zu überlassen, aus welcher Kasse die Prämiengelder genommen werden sollen.

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.): Im Ausschuß waren wir gerade darüber einig, daß diese Mittel aus den Geldern der Feuersozietät entnommen werden sollen. Die juristischen Zwirnsfäden, welche der Magistratsvertreter erwähnte, waren uns nicht bekannt; außerdem ist doch das Prinzip schon früher durchbrochen worden, nachdem ein Betrag von 1000 M. aus diesen Geldern zu Prämien angewiesen worden ist. Auf die Prämien, auch wenn sie noch so hoch sind, sollen wir uns aber nicht verlassen; sie allein werden den Brandstiftern keine Veranlassung geben, ihr verbrecherisches Tun einzuschränken; vielleicht wird im Gegenteil durch möglichst hohe Prämien ein verbrecherisches Genie erst recht angestachelt werden. Wir legen aber den größten Wert auf den ersten Teil des Antrages, wodurch den Brandstiftern die Gelegenheit zur Brandstiftung genommen werden soll. Es kommt aber auch hier auf die Art an, wie es möglich sein wird, die Hauseigentümer nachdrücklich aufzufordern, diese Maßregeln durchzuführen. Disziplinare Machtbefugnisse hat der Magistrat ja nicht; er könnte höchstens an die Hausbesitzer direkt oder durch die Hausbesitzervereine einwirken, in welchen letzteren aber auch nur etwa zwei Drittel der Hausbesitzer organisiert sind. Es müssen also, soll der Beschluß nicht dem Lichtenbergschen Messer gleichen, andere Mittel und Wege gefunden werden, und dieser Erwägung entsprang bei uns die Anregung, daß die Uebernahme der Sicherheitspolizei auf die Stadt von neuem in die Wege zu leiten versucht werden möchte. Auf Einzelheiten brauche ich ja jetzt nicht einzugehen. Erheben wir die Ausschußanträge zum Beschluß, so werden sie nur etwas Halbes sein; in die Tat umgesetzt werden könnten sie erst durch die Uebernahme der Sicherheitspolizei seitens der Stadt, und so bitten wir Sie, schon jetzt um eine günstige Aufnahme unseres Antrages in der nächsten Sitzung. Für heute ersuchen wir Sie, den Ausschußanträgen zuzustimmen.

Hierauf werden ohne weitere Debatte die Ausschußanträge angenommen.

Die Bewilligung von 77 000 M. für die Erweiterung der Koch- und Waschküchen-Einrichtung im Virchow-Krankenhause hat der niedergesetzte Ausschuß einstimmig ausgesprochen.

Stadtv. Schulz (Soz.): In dem Etat, der seinerzeit die Mittel für die Kochküche vorsah, ist die ganze Anlage mit 45 000 M. veranschlagt. Jetzt verlangt die Bauverwaltung noch 77 000 M. nach. In den Kostenanschlägen von damals und jetzt stoßen wir zahlreiche Widersprüche auf. Es sind bedeutend höhere Preise für die Kessel eingestellt usw. Ich möchte aus diesem Anlaß der Bauverwaltung und der Krankenhausdeputation empfehlen, sich die Dinge künftig genauer anzusehen. Wir müssen leider die neue Forderung bewilligen, weil die Erweiterung unbedingt notwendig ist. Aus den vorgetragenen Gründen hatten wir die Ausschußberatung verlangt.

Die Vorlage wird genehmigt.

Die Vorlage wegen Anmietung von zwei Stuben und eine Küche für jährlich 500 M. für die Zwecke der Stadtbibliothek im Hause Zimmerstr. 90/91 wird angenommen, nachdem Stadtv. Dr. Levy (Fr. Fr.) sich in längerer Ausführung des alten allgemeinen Wunsches auf Errichtung eines eigenen städtischen Bibliotheksgebäudes angenommen hat.

Für den Empfang des Internationalen Kongresses für historische Wissenschaften am 7. August 1908 in den Festräumen des Rathauses werden 10 000 M. bewilligt.

Das Berliner Aquarium soll an einer Stelle auf dem Terrain des Zoologischen Gartens neu erstehen. Es ist eine neue Gesellschaft in der Bildung begriffen, die 500 000 M. durch Ausgabe von Obligationen aufbringen will. Die Stadt ist ersucht worden, durch Hergabe von 25 000 M. bis zur Dauer von 40 Jahren die Verzinsung sicherzustellen.

Stadtv. Nelke (A. L.): Wir stehen der Vorlage sehr sympathisch gegenüber, können uns aber nicht entschließen, uns sofort auf 40 Jahre zu binden. Wir wollen im Ausschuß noch nähere Aufklärung haben, namentlich auch in der Richtung, daß gewisse Kautelen für die Stadt geschaffen werden. Deshalb beantragen wir Ausschußberatung.

Stadtv. Dr. Weyl: Wir schließen uns diesem Antrage an. Wir haben das Aquarium stets als eine sehr wertvolle kulturelle Einrichtung angesehen, und wenn jetzt 25 000 M. statt der bisherigen 23 000 M. jährlich bewilligt werden sollen, so schreckt uns die Differenz nicht. Wohl aber wollen wir wissen, wer die Gesellschafter sind, denen wir diese Beihilfe gewähren sollen, um die Verzinsung ihrer Obligationen zu sichern. Das Terrain bekommt die Gesellschaft unentgeltlich; die Baukosten sind auf 700 000 M. veranschlagt. Wir müssen die Möglichkeit haben, in die Finanzgebarung der Gesellschaft Einsicht zu nehmen. Wer bürgt uns, daß die Gesellschaft nicht Vorzugsaktien zu höherem Zinsfuß als 5 Proz. ausgibt? Dann halten wir auch das Eintrittsgeld von 1 M. an sich für zu hoch; auch der großartige Zoologische Garten nimmt nur 1 M.! Es bietet sich hier eventuell die Möglichkeit, der Bevölkerung einen Dienst zu erweisen, indem wir eine Herabsetzung des Eintrittsgeldes, wenn auch unter bestimmten Kautelen, herbeiführen. Auch hätten wir gern erfahren, in welchem Umfange von der Vergünstigung für die Berliner Schulkinder Gebrauch gemacht wird; es ist mitgeteilt worden, daß in den letzten Jahren der Besuch des Aquariums durch Schulkinder erheblich nachgelassen hat.

Stadtv. Deutsch (soz.-forischr.) stimmt mit den Vorrednern überein. Die Notwendigkeit, die Gesellschaft zu subventionieren, müsse noch genauer nachgewiesen werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß, der sofort vom Vorstande ernannt wird.

Der Magistrat legt einen Entwurf betr. die Festsetzung von Fluchtlinien für die Verlängerung der Lindenstraße bis zum Spittelmarkt vor.

Stadtv. Reimann (A. L.): Wir beantragen Ausschußberatung, um dem allgemeinen Wunsche, über die finanzielle Tragweite der Vorlage unterrichtet zu werden, die Erfüllung zu gewährleisten. Ueber die Kosten steht nämlich kein Wort in der Vorlage, es kann sich aber um viele Millionen handeln. Es sind auch in unseren Kreisen Bedenken vorhanden, ob man mit der Durchlegung erreicht, was man erreichen will. Hier würde eine achte Zugangsstraße nach dem Spittelmarkt geleitet; ob dadurch der Verkehr nicht gerade eine übermäßige Mehrbelastung erfahren würde, ist doch noch eine offene Frage.

Stadtbaurat Krause: Die große Wichtigkeit dieses Durchbruchs ist ja unzweifelhaft. Bei der Erörterung der Frage der Entlastung der Leipziger Straße hat dieses Projekt immer eine große Rolle gespielt. Wenn irgend angängig, bitte ich Sie, die Vorlage ohne Ausschußberatung anzunehmen.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Auch wir sind für Ausschußberatung. Die Durchlegung an sich sehen wir als sehr erstrebenswert an; wir hegen aber Zweifel, ob sich nicht eine bessere Linienführung erzielen lassen könnte.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Die Vorlage wegen Ankaufs der Grundstücke Alte Jakobstraße 38/42 und Kürassierstraße 16/20 zur Vergrößerung des Waisenhauses und Verbreiterung der Alten Jakobstraße wird vom Stadtv. Haberland (A. L.) zur Annahme empfohlen, doch sei Ausschußberatung erforderlich, weil der Preis, der für einige Grundstücke gefordert werde, zu hoch erscheine und die Stadt eventuell gar nicht alle diese Grundstücke dort zu erwerben brauche.

Die Vorlage wird einem Ausschuß überwiesen.

Der Magistrat unterbreitet den Entwurf einer neuen Freibankordnung für den Gemeindebezirk Berlin.

Es liegt dazu ein Antrag auf Ausschußberatung vor sowie ein Antrag Göroldt-Feuerstein, die Verkaufszeiten im § 7 abzuändern.

Stadtv. Giese (Fr. Fr.) bezieht sich zur Unterstützung des Antrages auf Ausschußberatung unter anderem auf eine Petition der Berliner Schlächterinnung.

Stadtrat Fischbeck macht darauf aufmerksam, daß man sich hier den gesetzlichen Bestimmungen zu fügen habe und daß eine Freibankordnung, die diesen bezw. den neuen von den preußischen Ministern erlassenen Ausführungsbestimmungen nicht entspräche, vom Oberpräsidenten gar nicht genehmigt werden würde.

Der Antrag auf Ausschußberatung wird hierauf zurückgezogen und der Entwurf der neuen Freibankordnung mit der beantragten Abänderung des § 7 angenommen.

Der spezielle Entwurf zum Neubau einer Turnhalle und Erweiterung des Abortgebäudes für die 80. Gemeindeschule (Wrangelstraße 128) wird angenommen.

In gemeinsamer Beratung erörtert die Versammlung darauf den Entwurf zum Neubau der Baugewerkschule in der Kurfürstenstraße 141 und die speziellen Entwürfe zum Neubau von Gemeindeschulen an der Thorner Straße, in der Zwinglistraße 2, Pankstraße 11/12, Scherenbergstraße, Schöningstraße und Tegeler Straße sowie zum Neubau der 3. Oberrealschule in der Pasteurstraße 44—47.

Stadtv. Cremer (Fr. Fr.) bittet die Bauverwaltung, den speziellen Entwurf für die Baugewerkschule so schnell wie möglich herzustellen, da die jetzigen Zustände einfach unerträglich seien. Im übrigen erschienen von den Kostenanschlägen, die sich im ganzen auf 6½ Millionen Mark belaufen, einige gegenüber den jetzigen Konjunkturen im Bauhandwerk zu hoch.

Auf eine Anfrage des

Stadtv. Reimann, weswegen der Magistrat von der Anlage eines großen Spielplatzes für mehrere Schulen in der Pankstraße Abstand genommen habe, bemerkt

Stadtschulrat Fischer, die Mehrheit im Magistrat sei der Meinung gewesen, daß in der Nähe ausreichend Spielplätze vorhanden seien und daß, wenn der betr. Platz bebaut würde, der Lärm der nahen Eisenbahnen für die Schulen abgeschwächt werden würde.

Sämtliche Entwürfe werden darauf genehmigt, ebenso die speziellen Entwürfe zum Neubau der Feuerwache im Schillerpark, eines Postgebäudes in Buch und eines Amtsgebäudes auf dem Grundstück Albrechtstraße 26.

Nach Erledigung einer großen Anzahl weiterer Vorlagen von geringerem Interesse schlicht die öffentliche Sitzung um ⅝8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Vier Prozent Reichsbankdiskont.

Der Diskont der Reichsbank ist heute — Donnerstag — auf vier Prozent, der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren auf fünf Prozent herabgesetzt.

In der Sitzung des Zentralausschusses führte Präsident Havenstein an der Hand des Ausweises über die zweite Juniwoche aus, daß die Verbesserung des Reichsbankstatus eine weitere Herabsetzung des Diskontsatzes um ½ Proz. auf 4 Proz. gestatte. Der Metallbestand stieg um 60,3 Millionen Mark (im Vorjahre 7,4 Millionen Mark) auf 1077,2 Millionen Mark (im Vorjahre 954 Millionen Mark beziehungsweise 1906 1023,4 Millionen Mark), während der Notenumlauf um 51 Millionen Mark (im Vorjahre 21,5 Millionen Mark) auf 1380,3 Millionen Mark (im Vorjahre 1369,9 Millionen Mark bezw. 1906 1276,5 Millionen Mark) zurückging. Die steuerfreie Notenreserve beträgt 264 133 000 Mark gegen 144 657 000 M. am 6. Juni 1908 bezw. 166 616 000 M. Mitte Juni 1907 und 282 129 000 M. Mitte Juni 1906.

Mit der heutigen Ermäßigung des Diskonts auf 4 Proz. erfreuen die Geldnehmer sich wieder eines Satzes, der zum letzten Male am 2. Oktober 1905 notiert wurde. Am 3. Oktober 1905 stieg die Rate von 4 auf 5 Proz., wurde dann am 4. November auf 5½ Proz. und am 11. Dezember auf 6 Proz. erhöht. Im Jahre 1906 sank der Diskont nicht unter 4½ Proz. Im Jahre 1907 war der niedrigste Satz 5½ Proz.

Fiskus als Schützling des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats.

Vielfach hat man erwartet, der Fiskus als Kohlenproduzent werde darauf hinwirken, die Kohlenpreise mit den Bedürfnissen der industriellen Konsumenten in Einklang zu bringen. Solche Erwartungen konnte aber nur hegen, wer ganz vergessen hat und übersah, daß der Fiskus noch niemals Preisverderber war. Die Argumentationen des Kohlensyndikats sind die seinen; er pfeift auf die Klagen der wegen der hohen Materialpreise in der Konkurrenzfähigkeit geschwächten Abnehmer. Fiskus „schützt" die nationale Arbeit genau so wie das Plündersyndikat! Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, hat der Fiskus beschlossen, die oberschlesischen Kokskohlenpreise unverändert bestehen zu lassen. Regierungsvertreter haben über diese Frage mit führenden Kreisen der industriellen Abnehmer konferiert, und das Resultat dieser Besprechungen war der Entschluß, an den Kokskohlenpreisen festzuhalten, obwohl man sich darüber klar war, daß eine Ermäßigung der Preise die Lage der Eisenindustrie verbessert hätte. Dergleichen Erwägungen spielen keine Rolle; mag die verbrauchende Industrie sehen, wie sie fertig wird. Fiskus verlangt Hochkonjunkturpreise!

Absatz des Kohlensyndikats.

Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz des Kohlensyndikats betrug im Mai bei 25 (Vorjahr 24½) Arbeitstagen 5 606 991 Tonnen (Vorjahr 5 368 249 Tonnen) oder arbeitstäglich 224 280 Tonnen (Vorjahr 222 518 Tonnen). Von der Beteiligung, die 6 455 644 Tonnen (Vorjahr 6 142 441 Tonnen) betrug, sind 86,85 Proz. (Vorjahr 87,40 Proz.) abgesetzt worden. Der auf die Beteiligung anzurechnende Koksabsatz betrug bei 31 Arbeitstagen (Vorjahr 31) 857 261 Tonnen (Vorjahr 1 102 452 Tonnen), arbeitstäglich 27 654 Tonnen (Vorjahr 35 563 Tonnen) gleich 71,10 Proz. (Vorjahr 98,29 Proz.) der Beteiligung. Der Brikettabsatz betrug bei 25 Arbeitstagen (Vorjahr 24½) 258 543 Tonnen (Vorjahr 214 115 Tonnen) oder arbeitstäglich 10 342 Tonnen (Vorjahr 8875 Tonnen) gleich 93,38 Proz. (Vorjahr 93,21 Proz.) der Beteiligung.

Roheisenerzeugung im Mai. Nach den Ermittelungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Mai 1908 insgesamt 1 010 917 Tonnen gegen 1 094 314 Tonnen im Mai 1907. Der Rückgang der Erzeugung beträgt demnach rund 8 Prozent.

Preisermäßigung. Das Siegener Eisenstein-Syndikat hat in seiner Sitzung am 18. Juni für das zweite Semester dieses Jahres die Preise für Roheisenstein um 11 M., die für Rostspat um 15 M. für je 10 Tonnen herabgesetzt.

Wieder ein Bankkrach. Wie die „Frankfurter Zeitung" aus New York meldet, ist die Bankfirma Christensen u. Co. in Philadelphia in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiven werden mit 1 500 000 Dollar angegeben.

Ein Klaviertrust ist in Amerika gebildet worden. Die hervorragendsten New Yorker und Philadelphiaer Klavierfabriken haben sich zu einer Kombination zusammengetan, die 18 000 Klaviere jährlich auf den Markt zu bringen vermag. Von bekannten Firmen gehören der Kombination Knabe, Baldwin, Chickering, Forster und Armstrong an. Sämtliche Fabriken sind in eine große Gesellschaft aufgegangen, deren Aktienkapital 50 Millionen Mark beträgt.

Soziales.

Der verliebte Schlächtermeister.

Eine merkwürdige Vorliebe für „offene Türen" bekundete der Fleischermeister Joseph Krause, Mulackstraße 20, wie sich am Mittwoch in der Verhandlung vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts ergab. Die beiden gegen ihn als Klägerinnen auftretenden Verkäuferinnen Frieda G. und Helene F. waren bei K. mit Logis im Hause angestellt. Sie hatten beide die Stellungen sofort verlassen, weil sie es nach ihrer Behauptung vor den Nachstellungen des Meisters nicht mehr auszuhalten vermochten. Nach den fast übereinstimmenden Darstellungen der Klägerinnen wurde der Beklagte nicht nur in den hinteren Räumlichkeiten, sondern sogar im Laden zu ihnen zudringlich und ließ erst von ihnen ab, wenn Kundschaft kam. Verbaten sie sich die Angriffe, so suchte er sie mit den Worten zu beschwichtigen: „Hab' Dich doch nicht so, es sieht's ja Keiner". Nachts schlossen sie sich vorsichtshalber ein, aber das ging dem Meister wider den Strich, denn vor der Tür der einen Klägerin stand er stundenlang und rief zu ihr hinein: „Kleinchen, mach' den Riegel auf". Als sie sich vor den Nachstellungen gar nicht mehr zu retten vermochten, da gingen sie fort. — Der beklagte Meister hatte auf diese Anschuldigungen nur die Erwiderung, daß es die Mädchen bei ihm immer gut gehabt hätten und daß er mit den kleinen Zärtlichkeiten nur Spaß gemacht habe. Sein Verlangen, die Türe zu öffnen, sei durchaus harmloser Natur, er habe eine Vorliebe für offene Türen und könne es nicht leiden, wenn sich die Mädchen in ihrem Schlafraum einschließen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten, beiden Klägerinnen das Restgehalt von 64 bezw. 73 M. zu zahlen. Das Gericht hat nach der mündlichen Verhandlung nicht den geringsten Zweifel daran, daß sich der Beklagte zu den Klägerinnen so benommen hat, wie sie es geschildert haben. Letzteren gibt aber ein solches Verhalten eines Arbeitgebers einen ganz triftigen Grund, die Stellung sofort zu verlassen, ohne daß sie dadurch ihre Gehaltsansprüche bis Ablauf der Kündigungsfrist verlustig gehen.

Eine allgemeine Arbeitsordnung für die städtischen Betriebe

haben die gemeindlichen Kollegien Nürnbergs nach langem Zaudern beschlossen. Darin ist bestimmt, daß die Arbeitszeit 9½ Stunden täglich zu betragen hat und durch eine 1½stündige Mittagspause sowie durch je eine halbstündige Vormittags- und Nachmittagspause zu unterbrechen ist. Für die erste Ueberstunde werden 25, für alle weiteren Ueberstunden und für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Bei Einberufung Verheirateter zu militärischen Uebungen wird die Differenz zwischen der gesetzlichen Unterstützung und dem Lohn von der Stadt bezahlt. Jeder Arbeiter erhält einen jährlichen Urlaub von drei Tagen nach dreijähriger, von 4 Tagen nach sechsjähriger und von 6 Tagen nach zehnjähriger Dienstzeit.

Vom Feldzug gegen die Chemnitzer Orts-Krankenkassen.

Wegen Beleidigung des Bevollmächtigten Möbius von der Orts-Krankenkasse war vom Schöffengericht Chemnitz der Broschürenherausgeber Amandus Schubert zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte er Berufung eingelegt. Es handelte sich um eine der vielen in der Broschüre enthaltenen Verdächtigungen. Schubert hatte gegen M., der kein Sozialdemokrat ist, den er aber als „Obergenossen" bezeichnet, den Vorwurf erhoben, daß er einen „Nichtgenossen", eben weil dieser nicht der sozialdemokratischen Partei angehöre, die Anstellung versagt habe. Für diese Behauptung konnte Schubert den Wahrheitsbeweis nicht erbringen, deshalb die Verurteilung. In der Berufungsverhandlung wußte Schubert nicht, wie er sich drehen sollte. Obwohl er Möbius als Beispiel dafür angeführt hat, wie es die Sozialdemokraten in der Kasse treiben, hatte er den traurigen Mut, zu behaupten, daß er ihn nicht gemeint habe; er habe nur die „Spitze" der Kasse, den Vorstand gemeint, hinter dem die sozialdemokratische Partei stehe. Möbius könne sich auch gar nicht beleidigt fühlen, denn er habe gar keinen Einfluß, sondern nur auszuführen, was ihm von „oben" befohlen werde! Der Gerichtsvorsitzende führte den Angeklagten Schubert auf Grund von weiteren Ausführungen in seiner Broschüre kräftig ab, die mit einander in Verbindung standen und das Bild der Verleumdertätigkeit Schuberts vervollständigten. Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß von der ersten Auflage der Sudelbroschüre zehntausend Exemplare in allen Teilen des Reiches abgesetzt wurden und daß Schubert damit Geld verdient hat. Daß der Verdienst pro Exemplar 25 Pfennig betragen habe, bestritt er. 10 Pfennig wird er aber mindestens und somit 1000 Mark dadurch verdient haben, daß er andere beleidigte! Das Gericht verwarf die Berufung. Sch. soll 100 Märker blechen, dem Privatkläger die notwendigen Auslagen erstatten und das Urteil im „Chemnitzer Tageblatt" veröffentlichen. Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen. — In der Beleidigungsklage unseres Genossen Wald gegen Schubert hatte Sch. die Berufung zurückgezogen. Andere Beleidigungsklagen schweben noch.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Für Klempner und Rohrleger bleibt die Firma Gottschalk, Alte Jakobstr. 69, bis auf weiteres gesperrt wegen Entlassung der Klempner, die tarifmäßigen Lohn verlangten; ebenso deren Bauten in Weißensee, Elsaß- und Belforter Straßen-Ecke und in Berlin, Schöningstraße.

Stukkateure! Wegen Tarifbruch ist bis auf weiteres gesperrt die Bildhauerei von Emil Schulz, Admiralstr. 18a. Die Bauten sind 1. Bornholmerstr. 19, Hillerkus; — 2. Rixdorf, Kaiser-Friedrich-Straße 63, Viergens; — 3. Niederschöneweide, Britzer Straße 5, Siebert, und 4. Wilmersdorf, Bayerische Straße 4, Lachmann u. Zauber.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentral-Verbandes der Stukkateure.

Deutsches Reich.

Nachklänge vom Bauarbeiterkampf.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Sitz Berlin, hat in seiner letzten Vorstandssitzung sich mit den noch bestehenden Differenzen über die Frage, an welchem Termin die vereinbarten höheren Lohnsätze in Kraft zu treten haben, beschäftigt. Diese Frage ist weder bei den Beratungen unter dem Kollegium der Unparteiischen noch bei den lokalen Verhandlungen in vielen Orten, worunter sich auch Groß-Berlin befindet, geregelt worden. Hierdurch sind in vielen Fällen Differenzen entstanden. Der Arbeitgeberbund hat daher eine Umfrage unter den Vorständen vorgenommen und als Ergebnis dieser in einem Rundschreiben an die Vorstände der dem Arbeitgeberbund angehörigen Verbände folgende Anweisung gegeben:

„Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben einstimmig beschlossen, daß, falls nicht zwischen den vertragschließenden Parteien besondere Vereinbarungen hierüber getroffen sind, die vereinbarten höheren Lohnsätze von den Terminen an in Wirksamkeit treten sollen, zu welchen die örtlichen Organisationen die neuen Tarifverträge unterschrieben haben."

Im Schluß dieses Rundschreibens werden die Vorstände ersucht, dahin zu wirken, daß dieser Beschluß in allen in Frage kommenden Orten durchgeführt werde.

Partei und Gewerkschaft.

Durch eine Enquete, die die Gewerkschaft der Sattler in Dresden vornahm, wurde festgestellt, daß von 225 Mitgliedern, die die Fragebogen ausfüllten, 83 politisch organisiert, 92 Mitglieder von Genossenschaften waren. Als Leser der Arbeiterpresse bekannten sich 95 Mitglieder, 47 lasen bürgerliche Zeitungen und 43 gar keine Zeitung. — Man kann nicht gerade sagen, daß das Verhältnis ein zufriedenstellendes wäre.

Metallarbeiter in Güstrow im Kampf.

Sämtliche Arbeiter des Stahlwerks Güstrow haben heute (Donnerstag) die Arbeit eingestellt. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Streik der Glasmacher in Brockwitz

ist insofern in ein anderes Stadium getreten, als nunmehr auch die übrigen in Frage kommenden Organisationen Stellung zu dem den Glasarbeitern so frivol von der Hütte aufgezwungenen Kampfe nehmen und auch ihre Mitglieder aus dem Betriebe herausziehen wollen. Bisher streikten nur die Glasarbeiter. Arbeitswillige haben sichbis jetzt sehr wenig gefunden.

Die Malerbewegung in Bayern ist noch immer nicht erledigt. Auf Grund des Normaltarifmusters sind bis jetzt Tarife abgeschlossen in Nürnberg, Fürth, Schwabach, Bayreuth, Augsburg, Kempten, Regensburg, Bad Reichenhall, Rosenheim, Traunstein und Straubing. In Ansbach konnte erst am Dienstag nach einem Streik die Anerkennung eines Tarifes erzwungen werden, der die 9½stündige Arbeitszeit, einen Mindestlohn von 35 Pf. für Gehilfen, die unter zwei Jahren aus der Lehre sind, und von 40 Pf. für die übrigen, eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde für die Arbeiter, die bisher schon über dem Mindestlohn bezahlt wurden, und die entsprechenden Mehrvergütungen für Ueberstunden-, Sonntags- und Nachtarbeit vorsieht. In Erlangen und Landshut ist es noch zu keiner Einigung gekommen. In Erlangen wird schon seit zwei Monaten gestreikt, weil die Unternehmer in falscher Auslegung des Berliner Schiedsspruchs die Arbeitszeit statt um 7 Uhr schon um 6 Uhr beginnen lassen wollen, während der Schiedsspruch ausdrücklich sagt, daß dort, wo die Arbeitszeit unter zehn Stunden beträgt, es beim alten zu verbleiben habe. Die Unternehmer in Landshut verlangen die Anerkennung des mit den Christlichen unter Ausschaltung der freien Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifs, was strikte verweigert wird.

Die Bewegung der Dachdecker in Würzburg ist durch einen Vergleich beendet, wonach sofort eine tägliche Lohnzulage von 20, im nächsten Jahre eine solche von 10 Pf. gewährt wird.

Ausland.

Appell an die Solidarität.

Strumpfwirker und -Wirkerinnen des Wilnaer Rayons, die in einer Anzahl von 4000 Personen streiken, bitten um materielle Unterstützung. Das Streikkomitee versendet folgenden Brief, den wir mit der Bitte um weiteste Verbreitung wiedergeben:

„Der Streik verläuft jetzt unter weit schlechteren Verhältnissen wie bisher. Die Polizei, die sich bis zur letzten Zeit nicht in den Streik mischte, verhaftete dieser Tage eine Menge Personen. Infolgedessen wurde die Organisation sehr geschwächt. Die Arbeitgeber nutzten diese Situation aus und brachen die Verhandlungen ab, die bereits mit einem vollen Sieg der Arbeiter zu Ende geführt wurden. Die Situation ist infolgedessen weit ernster geworden.

Die Lage wird dadurch verschlechtert, daß während der letzten Wochen fast kein Geld eingegangen ist. . . . Die Stimmung der Masse ist gesunken und die Zahl der Streikbrecher unter der Einwirkung der Unterhandlungen, die die Arbeitgeber zu ihren Gunsten ausnutzten, gewachsen. Trotzdem sind wir entschlossen, den Streik fortzusetzen, und hoffen, ihn siegreich zu Ende zu führen.

Genossen! Wir wenden uns an Euch und bitten, uns schleunigst Hilfe zu bringen.

Wir streiken bereits 15 Wochen! Laßt uns nicht ohne Hilfe!"

Aus der Frauenbewegung.

Hinein in die Leseabende!

Genossinnen! Vorüber ist ein Kampf, vorüber ein heißes Ringen mit der Reaktion. Das preußische Proletariat hat mit elementarer Wucht die zehnfach verriegelten Tore der Junkerfeste gesprengt. Ein Bravourstück! Ein Ereignis! Mit Hilfe der organisierten klassenbewußten Proletarierfrauen geschah es. Ein Ruhmesblatt in der Geschichte der sozialistischen Frauenbewegung wird diese Tat bilden. Die Saat vom 12. Januar ist aufgegangen, nicht umsonst ist das Blut von Männern, Frauen und Kindern des friedlichen Bürgertums geflossen. Euer Werk mit ist der Sieg, Genossinnen! Weder Säbelhiebe, noch stampfende Pferdehufe konnten Euern Willen brechen. Nicht nur an dem denkwürdigen, blutigen Sonntag, während vieler Wochen habt Ihr Euch nicht gescheut, in zäher, mühseliger Arbeit den Wahlkampf zu führen. Und doch haben wir auch jetzt keine Zeit, auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Es genügt nicht, in die stickige, faulige Atmosphäre des Geldsackparlaments einen frischen, belebenden Luftzug gebracht zu haben. Jetzt gilt es, in stillem, emsigem Fleiß die revolutionierten, aufgeweckten Köpfe mit theoretischem und praktischem Wissen zu füllen, all die Neugeworbenen zu überzeugten, zielbewußten Sozialistinnen zu erziehen. Nur auf Wissen baut sich eine höhere, sittliche Weltanschauung auf. Hat man uns in achtjähriger Schulzeit den Kopf mit nutzlosem Formelkram angefüllt, uns durch die Wirrnis der biblischen Wundergeschichten und byzantinischen Fürstenverherrlichung geschleppt, uns die staatlich konzessionierte Gesinnung nachdrücklichst mit dem Stock eingebläut, so ist es jetzt um so notwendiger, uns von diesem Ballast zu befreien. Genossinnen! Schon seit Jahren bestehen in allen Bezirken Berlins sogenannte Leseabende, in denen die organisierten Frauen zusammenkommen und unter Zugrundelegung der sozialistischen Werke über unsere Ziele und Bestrebungen sich belehren lassen. Diese Zusammenkünfte haben, besonders in der letzten Zeit, einen Aufschwung genommen, der zu den stolzesten Erwartungen berechtigt und alle Freunde dieser Einrichtung mit hoher Genugtuung erfüllen muß.

So ist an einzelnen Stellen die Zahl der Teilnehmerinnen auf 100 bis 120 gestiegen. Wirklich ein erfreuliches Resultat! Und doch befriedigt es uns noch nicht. Weit mehr Leseabende können eingerichtet werden, wenn alle Genossen und Genossinnen die Werbearbeit in intensiver Weise weiterführen. Die Mühe lohnt sich und der Erfolg ist der beste Lohn! Man muß es sehen, wie die Frauen, die sich vom grauenden Morgen bis zum Abend geplagt haben, mit anerkennenswerter Aufmerksamkeit den schwierigen, ernsten Thematas folgen und durch gelegentliche Fragen reges Interesse bekunden. Hier wird eine Saat gesät, die tausendfältig Früchte zeitigen wird. Hier wird der Geist des Sozialismus direkt ins Herz der Familie getragen, eine neue, kommende Generation wird die völkerbefreiende Idee mit der Muttermilch einsaugen!

Deshalb, Genossen und Genossinnen, werbt, agitiert, bringt immer neue Mitglieder. Erst wenn die arbeitenden Frauen vollzählig uns zur Seite marschieren, werden wir die Reaktion erfolgreich schlagen. Hinein in die Leseabende!

Berlin. Die Genossinnen Moabits machen am Dienstag, den 23. Juni, einen gemeinsamen Ausflug nach Restaurant „Waldhalle" am Tegeler Weg 48, Königsdamm, vis-a-vis Försterhaus. Bis 5 Uhr gemütliches Kaffeekochen, dann Waldspaziergang und Waldspiele.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Köpenick. Sonntag, den 21. Juni: Kaffeepartie nach Pferdebucht bei Köpenick. Abmarsch vom Heuplatz, 1 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

„Eine gelbe Größe".

Herr H. Meinke, der viel genannte, viel umhergekommene, der als Sekretär vom Arbeitsnachweis der Tischlermeister und Holzindustriellen sich einen Namen gemacht hat und dann sich in dem „Deutschen Handwerker-Schutzverband" eine Organisation gelber Holzarbeiter zusammentrommelte, schien auch in seiner neuen Stellung als Vorsitzender dieser Organisation nicht lassen zu wollen von der alten lieben Gewohnheit, die Gerichte mit allen möglichen Prozessen zu behelligen. Ende Januar d. J. hatte er gegen unseren Genossen Hans Weber als den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts" eine Privatklage wegen Beleidigung angestrengt, nachdem eine im „Vorwärts" veröffentlichte Notiz (1908, Nr. 15 vom 18. Januar) ihn als „Eine gelbe Größe" bezeichnet und über ihn berichtet hatte, am 16. Januar sei in einer Versammlung der Gelben Herr Meinke „wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäfts- und Kassenführung seines Amtes als Vorsitzender und Arbeitsvermittler des gelben Vereins enthoben" worden.

Meinke behauptete in seiner Klage, vom Deutschen Holzarbeiter-Verband sei intrigiert worden gegen seinen Handwerker-Schutzverband, der die „Förderung eines friedlichen und geselligen Verhältnisses zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern" bezwecke, Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes hätten sich Eintritt in den Schutzverband verschafft, in der Januarversammlung des Schutzverbandes habe Meinke vergeblich die Ausweisung zweier Gesellen versucht, die seiner Meinung nach nicht mehr Mitglieder waren, er habe dann die Versammlung rasch wieder geschlossen, weil er eine „kompakte Majorität" vor sich sah, nach seinem Weggange aber sei von seinen Gegnern die Versammlung fortgesetzt worden und in ihr solle seine Amtsenthebung beschlossen worden sein. Herrn Meinkes Klageschrift versicherte, daß die Behauptung der „Vorwärts"-Notiz, er sei wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäfts- und Kassenführung seines Amtes enthoben worden, ebenso wenig zutreffe wie die anderen in jener Notiz enthaltenen Angaben, er habe seinen Gepflogenheiten folgend, wieder einmal einige Mitglieder, die ihm etwas zu scharf auf die Finger sahen, an die Luft setzen wollen, er habe ein Vereinsbuch verschwinden lassen wollen, das ihm in der Versammlung wieder abgenommen werden mußte, und so weiter. Jederzeit könne nachgewiesen werden, daß das alles „vollkommen unwahr" sei. Derartige Mitteilungen über einen „völlig unbescholtenen Mann, der im Geschäftsleben geachtet dastehe, seien überaus nachteilig, darum sei der „Vorwärts"-Redakteur entsprechend hart zu bestrafen.

Hiernach durfte man neugierig sein auf das Ergebnis des Prozesses, den der klagewütige Herr Meinke so eilig anstrengen zu sollen geglaubt hatte. Genosse Weber wies durch seinen Rechtsbeistand Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld in der Klagebeantwortung die Darstellung der Meinkeschen Klageschrift als unrichtig zurück, hielt die tatsächlichen Angaben jener „Vorwärts"-Notiz aufrecht und benannte hierfür Zeugen. Beweis wurde angeboten unter anderem dafür, daß in jener Versammlung Herr Meinke einen Antrag von Mitgliedern auf Kontrolle der Mitgliedsbücher gar nicht zur Abstimmung gebracht habe. Seines Amtes sei er enthoben worden, weil die Kassenrevision nicht ordnungsgemäß ausgeführt, ein Protokoll nicht aufgenommen, Beläge nicht geprüft, ja nicht einmal vorgelegt worden seien. Es wurde dann das Hauptverfahren eröffnet, ein Termin festgesetzt und Ladung der benannten Zeugen angeordnet. Der Termin wurde aber wieder aufgehoben, Meinke bot Gegenbeweis an, Weber stellte weitere Beweisanträge, und wieder wurde ein Termin festgesetzt. Mit Spannung sah man ihm entgegen — da wurde zwei Tage vor dem Termin dem Rechtsbeistand des Genossen Weber der folgende Gerichtsbeschluß zugestellt: „In der Privatklagesache Meinke gegen Weber wird infolge Zurücknahme der Privatklage das Verfahren auf Kosten des Privatklägers eingestellt."

Das aber sollte das Ende vom Liede sein, nachdem Meinke vorher den Mund so voll genommen hatte! In dem Organ der Tischlermeister und Holzindustriellen hatte er siegesgewiß erklärt: „Die eingeleitete Klage wird zeigen, in wie schamloser Weise der „Vorwärts" über achtbare Männer Verleumdungen verbreitet, bloß weil diese seine Gegner sind." Was war's, was den Vorsitzenden des „Deutschen Handwerker-Schutzverbandes" veranlaßt hatte, noch vor der Schlacht den Rückzug anzutreten? War die „gelbe Größe" inzwischen auf den Falstaff-Standpunkt gelangt, daß „der Tapferkeit besseres Teil Vorsicht ist"? Oder aus welchen Gründen sonst hat der Herr Meinke sich noch im letzten Augenblick entschlossen, auf den Versuch einer Reparierung seiner lädierten Ehre zu verzichten?

Eine Rabenmutter vor Gericht.

In Nr. 136 unseres Blattes brachten wir einen einer hiesigen Korrespondenz entnommenen Bericht über eine Rixdorfer Gerichtsverhandlung. Die Verhandlung wurde vertagt. Ueber die Gerichtsverhandlung erhalten wir eine ausführliche, objektive Darstellung seitens des Verteidigers der Angeschuldigten. Danach ist der Strafantrag gegen die Angeklagte, die übrigens nicht Millionärin ist, seitens ihres früheren Ehemannes im Juni 1907 gestellt, nachdem dieser im Ehescheidungsprozeß für den allein schuldigen Teil erklärt war. Das Kind befindet sich seit dem Herbst 1906 bei seiner Großmutter. Vor Gericht hat ein Sachverständiger bekundet, daß die Angeschuldigte seit Jahren schwer leidend ist und daß er mit Rücksicht hierauf den früheren Ehemann vergeblich ersucht hat, das Kind anderweit unterzubringen, weil die Angeklagte infolge ihres Leidens der Erziehung der Kindes nicht gewachsen sei. Bekundungen über Mißhandlungen sind seitens des kommissarisch vernommenen Kindes und seitens zweier früherer Dienstmädchen, aber keineswegs in dem in Nr. 136 dargelegten Umfang, erfolgt. Hiergegen haben sechs andere Zeugen, darunter auch ein Dienstmädchen, das ¾ Jahre lang bei der Angeklagten in Stellung war, im Gegenteil bekundet, daß die Stieftochter von der Angeklagten gut behandelt sei. Der Mitteilung des Verteidigers ist ein Brief des Berichterstatters der von uns benutzten Korrespondenz, eines Herren Richard Henze in Rixdorf, an die Angeklagte beigefügt. Der Inhalt dieses Schreibens enthält das Anerbieten — Wünsche der Angeklagten zu berücksichtigen, eventuell auch für Nichtveröffentlichung der Sache Sorge zu tragen. Selbstverständlich hätten wir über die Verhandlung keine Zeile gebracht, wenn wir gewußt hätten, daß der Berichterstatter der von uns benutzten Korrespondenz in so schmutziger Weise die Kenntnis der Verhandlung und seine Beziehungen zur Presse zu verwenden versucht hat und werden in Zukunft Berichte von jener Seite unberücksichtigt lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahnsinnstat einer Mutter.

Paris, 18. Juni. (W. H.) In Valence stürzte eine Frau in einem Wahnsinnsanfalle ihre drei Kinder einen 21 Meter tiefen Abhang hinab. Glücklicherweise fielen die Körper der Kinder in ein Gebüsch, wodurch sie im Fallen gehemmt wurden. Alle drei erlitten schwere Verletzungen, befinden sich jedoch außer Lebensgefahr.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Polizeihunde bei der Jugenddemonstration.

Gegen die Entrechtung der Jugendlichen durch das neue Vereinsgesetz richtete sich eine Protestversammlung, die am Abend des 14. Mai nach Freyers Festsälen in der Koppenstraße einberufen worden war. Nach Schluß jener Versammlung, die sich zu einer sehr eindrucksvollen Kundgebung gestaltete, wurde gegen die heimziehenden Versammlungsteilnehmer von der Polizei mit bekannter Forsche „eingeschritten". In den Straßen wurden Verhaftungen vorgenommen, ohne daß ein rechter Anlaß ersichtlich war. Da aber kein Mensch grundlos festgenommen werden darf, so war zu erwarten, daß Strafmandate oder Anklagen folgen würden. Das ist denn auch nicht ausgeblieben.

Vier junge Leute, die vor dem Landsberger Tor einzeln sistiert worden waren, der Maurerlehrling H., der Schlosserlehrling R., der Schriftmalerlehrling M., der Arbeiter Th., standen am Donnerstag gemeinschaftlich vor den Schöffen des Amtsgerichts Berlin-Mitte, um sich zu verantworten wegen „ruhestörenden Lärms". Sie sollten ihn „ungebührlicherweise verübt" haben, indem sie „beim Auseinandertreiben eines ohne polizeiliche Erlaubnis geschlossen marschierenden Zuges halbwüchsiger Burschen auf dem Landsberger Platz gemeinschaftlich laut johlten". Da keiner der vier Angeschuldigten das 18. Lebensjahr vollendet hatte, so waren sie alle miteinander dem Jugendgericht, das seit Anfang Juni besteht, zur Aburteilung überwiesen worden. Man durfte gespannt darauf sein, wie das Jugendgericht, dem der Amtsgerichtsrat Dr. Köhne präsidierte, diesen „interessanten Fall" behandeln würde.

Die Angeklagten, deren Verteidigung vom Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld übernommen worden war, bestritten sämtlich, gejohlt oder sonstwie gelärmt zu haben. Alle hatten an der Versammlung teilgenommen, waren aber sonst nicht mit einander in Berührung gekommen, auch nicht auf dem Heimwege. Vor dem Landsberger Tor hatte H., so schilderte er den Hergang bei der Polizeiattacke, von einem Schutzmann einen Stoß in den Rücken gekriegt, er versuchte sich zu flüchten, doch brachte ein hinterher geschickter Polizeihund ihn zum Stehen, und er wurde dann festgenommen. Auch R. war vor der anrückenden Polizei geflohen, aber ein Schutzmann griff ihn aus der Menge heraus und brachte ihn zur Wache. Der Angeklagte M. gab an, ein Schutzmann sei der Menge mit gezogenem Säbel entgegengetreten und habe gerufen: „Wollt Ihr auseinander, Ihr Bande!" M. habe sich in Sicherheit bringen wollen, er sei verfolgt worden von einem Polizeihund, den man auf ihn gehetzt habe, man habe ihn festgenommen und sofort geknebelt; beim Transport zum Polizeibureau habe er auf dem dunklen Flur einen Schlag ins Gesicht gekriegt, auch sei dabei der Knebel so fest angezogen worden, daß M. nachher 14 Tage hindurch arbeitsunfähig gewesen sei. Th. erzählte, die Polizei sei angerückt mit dem Rufe: „Lumpenhunde, auseinander!", ihm sei der Hut vom Kopf geschlagen worden, auf der Wache habe man ihn wie einen Strolch und Banditen behandelt. Hier fiel der Vorsitzende ihm in die Rede: „Na ja, was auf der Wache geschehen ist, gehört nicht hierher, das kann ich nicht in den Kreis unserer Erörterungen ziehen lassen." Auf des Vorsitzenden Frage, ob denn nicht gelärmt worden sei, antwortete Th., das sei allerdings geschehen, aber erst von dem Augenblick an, wo Polizeisäbel und Polizeihund in Aktion traten.

Der Beweis der Anklage sollte erbracht werden durch das Zeugnis der vier Schutzleute v. Lockstädt, Gottschling, Retzlaff, Ussat. Aber keiner von ihnen konnte bestimmt erklären, daß irgendeiner der vier Angeklagten sich wirklich am Johlen beteiligt habe. Sie hatten die jungen Leute verhaftet, weil sie sie in der Menge gesehen hatten. Das Verhör, das der Verteidiger mit den Zeugen anstellte, ergab noch manche recht interessante Einzelheit. Lockstädt erklärte es für durchaus ordnungsgemäß, daß Polizeihunde nicht nur zur Aufspürung von Verbrechern, sondern auch zur Verfolgung jedes beliebigen Ausreißers verwendet werden. Retzlaff hatte „zu seiner eigenen Sicherheit" sofort den Säbel ziehen zu sollen geglaubt, bestritt aber, daß er geschlagen habe, und bekräftigte das durch die Versicherung, dazu habe er ja gar keinen Anlaß gehabt. Ussat war derjenige, der gegen einen Fliehenden seinen Polizeihund „losließ", so sagte er. Wer den Angeklagten M. geknebelt habe, war nicht festzustellen. M. meinte, daß just derjenige Polizist, dem er das vorwerfen müsse, nicht unter den Zeugen sei.

Zur Entlastung der Angeklagten hatte die Verteidigung ein halbes Dutzend Zivilzeugen laden lassen, aber der Vorsitzende fand, daß auf sie verzichtet werden könne. Rechtsanwalt Rosenfeld widersprach. Den Angeklagten müsse Gelegenheit gegeben werden, ihre gänzliche Unschuld nachzuweisen, es liege in ihrem Interesse, zu zeigen, daß die eigentlich Schuldigen die Schutzleute seien; gerade von einem Jugendgericht erwarte man williges Eingehen auf solche Beweisanträge, damit volle Aufklärung herbeigeführt werde. Das Gericht beschloß Ablehnung, weil die Sachlage schon durch die Schutzmannsaussagen hinreichend geklärt erscheine und weiteres Material zugunsten der Angeklagten von den anderen Zeugen bei dem gegen sie bestehenden Verdacht der Mittäterschaft nicht beigebracht werden könne.

Die Beweisaufnahme war geschlossen. Der Amtsanwalt erhob sich und beantragte — Freisprechung. An jenem Abend könne die Polizei im Dunkeln sich geirrt haben, sagte er.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte Freisprechung und Uebernahme der Verteidigungskosten auf die Staatskasse. Die Angeklagten seien ohne jegliche eigene Schuld zu dieser Anklage gekommen. Jeder von ihnen habe ein sehr berechtigtes Interesse daran gehabt, zu jener Versammlung zu gehen und zu protestieren gegen das neue Vereinsgesetz, das den Jugendlichen bis zu einem gewissen Grade die Beteiligung am öffentlichen Leben unmöglich mache. Für den jungen Arbeiter sei eben, anders als für die Jugendlichen der besitzenden Klasse, das Versammlungsleben eine wichtige Quelle der Bildung. Auch zu der Demonstration auf der Straße habe die arbeitende Jugend sich für berechtigt halten dürfen, nachdem im Vorjahre gewisse Straßendemonstrationen anderer Art von sehr hochstehenden Personen durchaus gebilligt worden seien. Als der Verteidiger darauf hinwies, wie die Polizei gegen die jugendlichen Demonstranten vom 14. Mai vorgegangen sei, wie provozierend sie aufgetreten sei, unterbrach der Vorsitzende, das sei nicht bewiesen. „Es konnte nicht", replizierte Rosenfeld, „bewiesen werden, weil die Zeugen, die das bekunden könnten und draußen auf dem Flur warten, nicht vernommen wurden." Als dann der Anwalt noch rügte, daß das ganze Verfahren — im Gegensatz zum Verfahren sonst und speziell zum Verfahren in Jugendgerichtssachen — nicht genügend vorbereitet und die Anklage nur auf Grund der Schutzmannsberichte ohne vorherige Anhörung der Beschuldigten erhoben worden sei, wurde der Vorsitzende nervös und wies das als eine unzulässige Kritik seiner Mitwirkung zurück.

Das Urteil lautete auf Freisprechung und Uebernahme der Kosten samt allen notwendigen Auslagen auf die Staatskasse. Pflicht der Schutzleute sei es gewesen, gegen das Johlen einzuschreiten, feststellen lasse sich nicht, ob sie dabei zu weit gingen, vermuten müsse man, daß sie selber wußten, was sie tun durften. Auf Freisprechung der Angeklagten sei erkannt worden, weil über keinen bekundet wurde, daß auch er gejohlt habe.

An die Verkündung dieses Urteils hängte der Vorsitzende noch eine besondere Ansprache, wie sie vor dem Jugendgericht als nötig erachtet werden. So junge Leute hätten absolut kein Recht gehabt, gegen das gegebene Vereinsgesetz zu protestieren. In diesem Alter habe man erst noch zu lernen, ihr Bildungsdrang sei anzuerkennen, aber er werde nicht befriedigt durch den Besuch solcher Versammlungen. Er wünsche, schloß er, den Angeklagten, daß sie „einen vernünftigen Lebenswandel führen".

Herr Dr. Köhne hat Recht, wenn er die Jugend ermahnt, zu lernen. Aber eben das will ja die arbeitende Jugend! Der Herr Vorsitzende des „Jugendgerichts", von dem man ein besonders liebevolles Eingehen auf das Empfinden der Jugend erwartete, scheint kein allzu großes Verständnis dafür zu haben, worin der Unterschied zwischen dem jungen Arbeiter und dem Nachwuchs der besitzenden Klasse besteht. Das Jugendgericht hätte viel weniger Veranlassung gehabt, im vorliegenden Falle die freigesprochenen Angeklagten zu apostrophieren. Viel zutreffender wäre es gewesen, sich dagegen zu wenden, daß eine völlig haltlose Anklage erhoben wurde.

Metallarbeiterkonferenzen.

Für die Heizungsmonteure und Helfer,

die dem Deutschen Metallarbeiterverbande angehören, fand am Mittwoch und Donnerstag eine Konferenz statt, an der 25 Delegierte aus 20 Orten teilnahmen. Von den Delegierten sind 20 Monteure, 2 Helfer, 3 Geschäftsführer von Ortsverwaltungen des Verbandes. — Am ersten Tage wurden organisatorische Fragen besprochen. Aus einer vom Verband aufgenommenen Statistik, die den Besprechungen zugrunde lag, ergibt sich, daß sich das Organisationsverhältnis der im Heizungsfach tätigen Personen im Laufe der letzten Jahre wesentlich verbessert hat. Doch gibt es noch verschiedene Orte und Bezirke, wo die Monteure noch so stark vom Standesdünkel beherrscht sind, daß sie von der Organisation, wo sie mit ihren Helfern gemeinsame Sache machen sollen, nichts wissen wollen. Die Konferenzteilnehmer waren natürlich darin einig, daß den Unternehmern gegenüber eine Interessengemeinschaft zwischen Monteuren und Helfern besteht, daß deshalb beide Kategorien nicht nur gemeinsam organisiert sein müssen, sondern auch im Arbeitsverhältnis und bei Lohnbewegungen volle Solidarität zu bekunden haben.

Der zweite Verhandlungstag brachte die Besprechung der Tariffrage. Im Vordergrunde der Erörterungen stand die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen der Abschluß eines einheitlichen Tarifes für den Beruf über ganz Deutschland erstrebenswert und durchführbar ist. — Nach den Ausführungen des Referenten Massatsch bestehen im Heizungsfach zurzeit 17 Tarife für 559 Betriebe mit 5352 Arbeitern. Davon sind im Jahre 1907 abgeschlossen neun Tarife für 178 Betriebe mit 1585 Arbeitern. Eine neunstündige Arbeitszeit ist festgesetzt in fünf Tarifen für 269 Betriebe mit 3490 Arbeitern, eine 9½stündige Arbeitszeit in neun Tarifen für 261 Betriebe mit 1785 Arbeitern, eine zehnstündige Arbeitszeit in drei Tarifen für 29 Betriebe mit 137 Arbeitern. Für die überwiegende Mehrheit der im Tarifverhältnis Stehenden gilt also die 9 bezw. 9½stündige Arbeitszeit. Die in den Tarifen festgelegten Mindestlöhne betragen für Junggesellen 33—47½ Pf., für Hilfsmonteure 40—55 Pf., für Monteure 38—70 Pf. pro Stunde. Ueberstunden werden mit Zuschlägen von 20—50 Proz., Sonntags- und Nachtarbeit mit einem solchen von 40—60 Proz. vergütet.

In der Diskussion nahm die Besprechung örtlicher Verhältnisse im Beruf einen breiten Raum ein. Mehrere Redner legten dar, daß die Unternehmer bestrebt sind, verschiedene Klassen von Monteuren, Hilfsmonteuren und Helfern aufzustellen und diese nach verschiedenen Sätzen zu entlohnen. Demgegenüber ging die übereinstimmende Meinung der Konferenz dahin, daß diese von den Unternehmern in ihrem Interesse eingeführten Klassifizierungen einen tatsächlichen Grund nicht haben, man dürfe im Arbeitsverhältnis nur Monteure und Helfer kennen. Wo in Akkord gearbeitet wird, müsse der Ueberschuß zwischen Monteuren und Helfern, ihren Löhnen entsprechend, verteilt werden. — Hinsichtlich der Frage des Einheitstarifs für Deutschland war man der Ansicht, daß ein solcher gewiß wünschenswert, zurzeit aber wegen der gegenwärtigen Organisationsverhältnisse noch nicht durchführbar sei. Mit der Zeit werde man sicher zu einem Einheitstarif kommen, um so mehr, als auch die Unternehmer ein Interesse daran zu haben scheinen. — Das Ergebnis der eingehenden Diskussion ist zusammengefaßt in mehreren Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden. Sie lauten:

Die am 17. und 18. Juni 1908 im Berliner Verbandshause tagende Konferenz der dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörenden Heizungsmonteure und Helfer erblickt in dem Bestreben, einen einheitlichen Tarif für diesen Beruf zu schaffen, eine der nächstliegenden Aufgaben der Berufsgenossen. Die statistischen Erhebungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bieten, soweit sie die Arbeits- und Entlohnungsmethoden in diesem Berufe zeigen, trotz ihrer Unvollständigkeit eine positive Unterlage dazu. Sie lassen aber auch ein für die allgemeine Durchführung der obigen Bestrebungen durchaus ungenügendes Organisationsverhältnis der Berufskollegen erkennen, da zurzeit erst 60 Prozent überhaupt und 49 Prozent von den von der Statistik erfaßten Berufskollegen im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind.

Da in absehbarer Zeit eine Besserung des Organisationsverhältnisses, besonders in den in dieser Hinsicht rückständigen Gebieten nicht zu erwarten ist, andererseits aber die Bestrebungen der in bezug auf die Organisation fortgeschritteneren Bezirke auf Vereinheitlichung ihrer kollektiven Verträge nicht bis zur Erreichung eines allgemein günstigen Organisationsverhältnisses zurückgestellt werden dürfen, kann, wenn die Geschäftslage und die sonstigen Verhältnisse es gestatten, in diesen Bezirken ein Vorstoß zur Erringung einheitlicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse unternommen werden. Die Konferenz erwartet jedoch, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in geeigneter Weise versucht, die Bahn zum Abschluß eines einheitlichen Tarifes zu ebnen, und den Verwaltungen zu geeigneter Zeit praktische Maßnahmen zur Durchführung dieser Bestrebungen unterbreitet.

Unter Berücksichtigung der jeweils obwaltenden Umstände ist bei einzuleitenden Bewegungen sowie bei jeder Regelung der Lohn- und

Kleines Feuilleton.

Der Pariser Diamantenschwindel, der Monate hindurch mit seinen Lustspielwendungen die Welt der Lacher und Spötter unterhielt, hat ein plötzliches Ende gefunden. Nachdem Lemoine, der zu den prächtigsten Exemplaren der Schwindler gehört, wiederholt den Untersuchungsrichter und die Dummen, die durch ihn Millionen verdienen wollten, mit seinen angeblichen Versuchen, künstliche Diamanten zu erzeugen, hingehalten und zum besten gehalten hatte, wurde ihm endlich ein letzter Termin gestellt. Selbstverständlich kam Lemoine nicht und nun ist er mit einem Male verschwunden. Bis zum letzten Augenblick hat er die Leute, die nicht alle werden, in Sicherheit gewiegt. Er hatte ein großartiges Laboratorium gebaut, den Schornstein gehörig rauchen lassen und auch Proben seiner Kunst gezeigt. Nur unter Kontrolle wollte ihm die Alchemie der Diamanten nicht gelingen. Einmal hatte er auch verbreiten lassen, er müsse nach Berlin, um dort die nötigen Chemikalien einzukaufen. Ganz ernsthaft hatte der stets gutunterrichtete „Lokal-Anzeiger" das brühwarm sich depeschieren lassen.

Einen Trost aber hatten die Dupierten immer noch: einen geheimnisvollen Umschlag, in dem das Rezept zur künstlichen Diamantenherstellung enthalten sein sollte. Der Richter hat ihn geöffnet und darin folgendes gefunden: „Man nehme Kohle, kristallisiere sie und setze sie genügendem Druck aus. Dann erhält man Diamanten." Diese Lösung ist ebenso unbestreitbar richtig, wie alt und — nichtssagend. Allgemeinste Heiterkeit war die Folge, die einzige, die dieser köstliche Schwindel zustande gebracht hat. Der steinreiche englische Spekulant Wernher aber ist um einige Millionen durch Lemoine erleichtert worden. Aber das ist ja das normale Risiko aller solcher Geschäfte und nur eine kleine Vergeltung für die vielen guten Geschäfte, die die Geldmänner mit den Erfindungen der anderen sonst zu machen pflegen.

Wie soll man beim Wandern trinken? Es ist für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit unseres Körpers entschieden vorteilhaft, wenn wir in bezug auf die Flüssigkeitsaufnahme uns in mäßigen Grenzen zu halten vermögen, da jedes Uebermaß, selbst des unschuldigsten Getränkes, des Wassers, mancherlei Schäden für den Körper mit sich bringt. Vor allem leidet das Herz darunter, das bei der gewohnheitsmäßigen Aufnahme großer Flüssigkeitsmengen eine Mehrarbeit zu leisten gezwungen ist, die im schlimmsten Falle zu dem sogenannten Bierherzen führen kann. Abgesehen davon aber ist eine Ueberfüllung des Säftestromes auch sonst ein Hindernis und der verhältnismäßig starke Schweißausbruch bei geringen körperlichen Leistungen ein Beweis dafür, daß wir mehr zu trinken pflegen, als notwendig ist. Am meisten wird von der Wanderfahrt der haben, der wenig oder gar nicht schwitzt und der nicht bei jedem Wirtshaus und bei jedem Waldquell zum Trunke anhält. Ein Glas Bier oder Wein ist höchstens am Schlusse des Wandertages, wenn der Wanderer am Rastorte angekommen ist, gestattet; aber auch das Wassertrinken unterwegs ist nicht zu empfehlen, da das Wasser bei der Fortsetzung der Wanderung wieder ausgeschwitzt wird, dadurch den Wanderer sehr wesentlich belästigt und ihn zu immer neuem Trinken veranlaßt. Wer es über sich gewinnt, einige Tage hindurch das unberechtigte Durstgefühl zu bekämpfen und wer sich mit einigen Früchten und ab und zu auch mit einem kleinen Schluck angesäuerten Wassers begnügt, wird entschieden die meiste Freude an der Wanderung haben. Wie gering das wirkliche Trinkbedürfnis ist, beweisen die Eingeborenen in der Wüste Sahara, die tagelang fast ohne Wasser ausharren, ohne ihre Frische und Leistungsfähigkeit zu verlieren, während die Europäer ihrer Ermattung erliegen und schon nach kurzen Pausen eine Labung brauchen. Der Wanderer möge sich nicht durch einen meistens nur der Gewohnheit und der Einbildung entstandenen Durst die Freude an der schönen Fahrt beeinträchtigen lassen, sondern sie durch eine vollständige Enthaltsamkeit erhöhen.

New York — das moderne Babel. New York ist, wie „Prometheus" einer französischen Zeitschrift entnimmt, die drittgrößte deutsche Stadt der Welt, denn es zählt 659 000 deutsche Einwohner; mehr Deutsche beherbergen nur Berlin (2 000 000) und Hamburg (730 000). München hat nur 520 000, Dresden 500 000 Einwohner. Unter den 8 500 000 Einwohnern New Yorks zählt man nur 737 000 wirkliche Amerikaner, Kinder von in Amerika geborenen Eltern; neben den 659 000 Deutschen wohnen dann in New York noch 595 000 Irländer, während die größte Stadt Irlands, Belfast, nur 349 000 Einwohner hat. Weiterhin ist New York die wahre jüdische Metropole, denn es hat 672 000 jüdische Einwohner, während Warschau, die von den meisten Juden bewohnte Stadt Europas, deren nur 268 000 zählt. Nur drei österreichische Städte, nämlich Wien, Budapest und Prag, beherbergen mehr Oesterreicher als New York, nur fünf schwedische Städte haben mehr schwedische Einwohner, sechs norwegische, sieben italienische und acht russische Städte übertreffen an Einwohnerzahl die entsprechenden Zahlen in der New Yorker Bevölkerung, die nur etwa zum fünften Teil aus Amerikanern besteht, im ganzen aber ein großes kosmopolitisches Gemisch aus allen Nationen darstellt.

Drahtlose Telegraphie im Ballon. Zurzeit werden im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten Versuche angestellt, um die drahtlose Verbindung zwischen Erdboden und Luftschiffen zu erproben. Neulich stieg in Washington ein mit Empfangsapparaten versehener Ballon auf und vermochte bald mit der etwa 35 Kilometer entfernten Stadt Annapolis in Verbindung zu treten. Der Leiter der Versuche war von der außerordentlichen Deutlichkeit der drahtlosen Meldungen überrascht und äußerte sich durchaus zuversichtlich über das Gelingen der Versuche. Bisher wurden die Luftschiffe lediglich mit Empfangsapparaten ausgerüstet, da die Herstellung einer Funkenstrecke, wie es eine Sendestation erfordert, auf einem Aerostaten eine Explosionsgefahr mit sich bringen würde. Doch besteht bereits die Zuversicht, durch geeignete Schutzvorrichtungen auch dieser Schwierigkeit Herr zu werden.

Notizen.

— **Polyglotte Schauspielerinnen und Allerweltsnachtigallen.** Die von der Gunst des Publikums getragenen Bühnenübermenschen genießen neben den Hofpersonnagen das Vorrecht, daß die Abonnenten gutunterrichteter Blätter allen Quark über sie erfahren. (Die Leser wissen freilich nicht, daß solche Reklamenotizchen meist inspiriert sind und daß manche Sterne sich eigene Leute halten, die für eine gute und stets berichtende Presse sorgen). Also die Berliner Welt bekam gestern zu hören: 1. Geraldine Farrar ist, wie wir hören, auf fünf Jahre an das New Yorker Metropolitan Opera House verpflichtet worden. Die Künstlerin wird in Zukunft ihren verschiedenen kontraktlichen Verpflichtungen in der Weise nachkommen, daß sie zwei Monate im Berliner königlichen Opernhause auftritt, zwei Monate in Paris und fünf Monate in New York spielt. (Schade, daß man nicht die von ihr bevorzugten Sommerfrischen und Haarwässer erfährt!) 2. Sári Fedák hat nach ihrem Erfolge in dem täglich im Deutschen Theater gespielten Vaudeville „Die Brettlgräfin" zahlreiche Gastspielanträge erhalten, u. a. von Direktor Amberg nach New York. Fräulein Fedák, das bekanntlich erst in den letzten fünf Monaten die deutsche Sprache erlernte, hat jetzt bereits mit dem Studium der englischen Sprache für ihre amerikanische Tournee begonnen.

Dergleichen muß ein Abonnent bürgerlicher Blätter heutzutage Tag für Tag lesen, das gehört zur Kultur.

— **Eine große Ehrung für Lord Kelvin.** Unter den Elektrotechnikern Amerikas ist eine Bewegung im Gange, die Einheit für elektrische Energie, die bisherige Kilowattstunde, zu Ehren des berühmten verstorbenen Gelehrten in Zukunft als „Kelvin" zu bezeichnen.

Arbeitsverhältnisse und auch bei ablaufenden und neueinzureichenden Tarifen der beste der bestehenden Tarife als Grundlage der einzureichenden Forderungen zu nehmen.

Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Orten darf nicht als maßgebend für die Höhe der Löhne, die Dauer der Arbeitszeit oder für die Montagezulage gelten, da diese Berufskollegen nicht nur an einen Ort gebunden, sondern durch ihre Tätigkeit bei Montagearbeiten einem steten Wechsel der Oertlichkeit unterworfen sind.

Bei der Festsetzung der Arbeitszeit ist darauf zu achten, daß die Helfer dieselbe Arbeitszeit erhalten wie die Monteure. Die Montagezulage ist ebenso hoch zu bemessen wie die der Monteure.

Zur Regelung der Helferfrage ist in erster Linie anzustreben, daß die Helfer das Geschäft stellt, und es ist zu vermeiden, daß Helfer am Ort der Montagearbeiten vorübergehend eingestellt werden.

Bei Vergebung von Akkorden muß der über den Lohnsatz der Monteure und der Helfer steigende Akkordüberschuß prozentual nach dem Lohnsatz und der Arbeitszeit zwischen Monteuren und Helfern verteilt werden. Wird bei derartigen Akkorden ein Ueberschuß nicht bezahlt oder unter dem Lohn verdient, so ist der Lohnsatz, der als garantiert zu gelten hat, zu bezahlen. Die Verrechnung und Auszahlung hat seitens der Firma zu erfolgen.

Zur Förderung der Agitation unter den Heizungsmonteuren und Helfern werden die Ortsverwaltungen verpflichtet, für die am Ort befindlichen Betriebe Vertrauensleute aufzustellen. Diese Vertrauensleute haben von Zeit zu Zeit der Ortsverwaltung über den Stand der Organisation sowie über die Vorkommnisse in den einzelnen Betrieben und bei Ausführung von Montagearbeiten zu berichten.

Die Monteure und Helfer sind verpflichtet, bei Montagearbeiten von längerer Dauer ihre Adresse der Ortsverwaltung mitzuteilen.

*

Um die Organisierung dieser Berufskollegen in ersprießlicher Weise auch fernerhin zu fördern, sind die Kollegen verpflichtet, sämtliches für diesen Beruf zweckmäßiges Agitationsmaterial den zuständigen Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen zuzustellen.

Zur Sichtung des für diesen Beruf in Betracht kommenden und für Agitation verwertbaren Materials beauftragt die Konferenz den Vorstand, der dieses Material zu bearbeiten und im Interesse der Berufskollegen zu verwerten hat.

*

Die heutige Berufskonferenz der Heizungsmonteure Deutschlands erblickt nach wie vor in kollektiven Arbeitsverträgen das wirksamste Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dieses Berufes. Nach übereinstimmenden Berichten aus verschiedenen Gegenden Deutschlands versuchen die Arbeitgeber das Bestreben der Arbeiter auf Abschluß allgemeiner Verträge durch Einzelverträge mit anormaler Kündigungsdauer illusorisch zu machen.

Die Konferenz erklärt, daß derartige Verträge geeignet sind, die Interessen der Allgemeinheit aufs schwerste zu schädigen, und richtet das dringende Ersuchen an die Kollegen, Verträge mit anormaler Kündigungsdauer unbedingt abzulehnen. Desgleichen ersucht die Konferenz den Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, in geeigneter Weise auf die Schäden dieses Systems hinzuweisen, um durch Belehrung und Aufklärung der Monteure dem Vorhaben der Arbeitgeber entgegenzuwirken.

Ferner wurde beschlossen, daß beim Abschluß örtlicher Tarife nur zwischen Monteuren und Helfern unterschieden werden, jede weitere Klasseneinteilung aber unterbleiben soll.

* * *

Die Hanauer Delegierten von der Konferenz der Gold- und Silberarbeiter ersuchen uns mitzuteilen, daß sie eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur für diejenigen Orte gewünscht haben, wo die Verhältnisse noch schlechter sind als in Hanau. Sie, die Hanauer Delegierten, seien mit den Errungenschaften von 1906 zufrieden.

Witterungsübersicht vom 18. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	758	WNW	2	bedeckt	21	Haparanda	761	W	2	heiter	13
Hamburg	761	WSW	4	wolkig	18	Petersburg	765	SSW	1	wolkenl.	21
Berlin	760	WNW	4	heiter	22	Scilly	760	WSW	1	halb bd.	12
Frankf. a. M.	762	NO	1	wolkig	17	Aberdeen	761	NNW	1	bedeckt	9
München	762	SW	1	heiter	19	Paris	762	ONO	2	bedeckt	15
Wien	762	W	1	heiter	21						

Wetterprognose für Freitag, den 19. Juni 1908.

Vorwiegend heiter, zunächst kühler, später wieder etwas wärmer bei schwachen südwestlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Um **Verwechselungen** mit **ähnlich lautender** Firma zu vermeiden, achten Sie **genau** auf unsere **volle Firma.**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, Hauptgeschäft Bahnhof Börse.

Größte Hochseefischerei Deutschlands
50 eigene Fischdampfer.
Eig. Kühlwaggons z. Seefischtransport.

Große Fänge
unserer Dampfer
sind soeben eingetroffen
Besonders empfehlenswert:
per Pfund
Goldbarsch Ersatz f. Zander **18** Pf.

Nur 10 Minuten in Salzwasser kochen!

Bratflundern 25 Pf.
3 Pfund **70** Pf.
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.
Central-Fernsprecher Amt III, 6804.
Seefisch-Kochbücher gratis.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 19. Juni.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Faust. (Anfang 7 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Die Brettlgräfin.
Kammerspiele. Tugendwächter. Unterseeboot.
Lessing. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Nächte im Hampton-Klub.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Berliner. Rassles.
Komische Oper. Tiefland.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Regimentstochter.
Schiller Charlottenburg. Gebildete Menschen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Im weißen Rößl.
Thalia. Der Mann mit dem Monocle.
Westen. Ein Walzertraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Luisen. Die Stimme des Blutes.
Trianon. Frau Baronin.
Bernhard Rose. Am Altar.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Die süßen Grisetten. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Hopfenraths Erben

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.
Dienstag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Im weißen Rößl.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Der Stabstrompeter.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Madame Sans Gêne. Abends: Der Stabstrompeter.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Am Altar.
Zeitgemälde in 4 Akten von Paul Blumenreich.
Wochentagspreise.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren
— — die Hälfte. — —

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Sommerpreise. Anfang 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Die Stimme des Blutes.
Sonnabend: Die Stimme d. Blutes.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Abends: Die Stimme des Blutes.
Montag: Goldland.

Metropol-Theater
Zum 272. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTER GARTEN
Neues Programm
von
Publikum und Presse glänzend beurteilt.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die neuen Attraktionen.
9¼ Uhr: **Die süßen Grisetten.**
10¼ **Wiener Festzug** anläßlich d. Jubiläums Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich.
10½: Bert Bernards Compagnie:
Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). (Moriwitz-Oper.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Marie, die Regimentstochter.** Komische Oper von Donizetti.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Afrikanerin.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: **Marie, die Regimentstochter.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Carmen.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Gebildete Menschen.** Volksstück in 3 Aufzügen von Victor Léon.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Herr Ministerialdirektor.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr, **Heimat.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Herr Ministerialdirektor.**

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!
Täglich: 33652*
Das größte u. beste Programm Berlins.
Nur Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa: Das größte Welträtsel des Erdballs! Von der gesamten amerik. Presse als d. größte Weltwunder bezeichnet: **The great Simpson.** Der Verächter des Todes. Ein bezahlter Selbstmordkandidat!
Gr. Ball. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.

U. d. Protektorate S. K. H. d. Prinzregenten Luitpold von Bayern, im neuen Ausstellungspark, Mai bis Oktober
AUSSTELLUNG MÜNCHEN 1908
Alles, was in die Erscheinung tritt, wird durch einfache, sachliche Gestaltung die Beziehungen der angewandten Kunst zu München's Leben und Schaffen erkennen lassen: Handwerk-Industrie-Handel-Oeffentliche Einrichtungen-Sport, Wettbewerbe u. Spiele-Aufführungen auf der neuen Schaubühne-Konzert Veranstaltungen-Künstlerfeste-Vergnügungspark.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schlecht. Witterung i. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang d. Gartenkonzerts 5 Uhr.
Kleine Preise.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Täglich:
1001 Nacht.
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Olga Verdi. × Fritz Lachmann.
Anfang 4 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Spreelottchen.
Volksstück aus dem Berliner Leben.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.
Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue und das großartige
Spezialitäten-Programm.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.

Passage-Theater.
Der größte
Saisonerfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die neuen Juni-Spezialitäten.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
Karl Braun, Verwandlungs-Künstler. Mirzi v. Wenzl, Tschuschkes Liliputaner.
Paul Coradini.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16
Alma Alberti — Adolf Buis — Lia Dolinda — Anton Hildach — Les Darettys — Les Persinas
u. 20 Nummern des neuen Progr.
Abends ½10 Uhr:
Das ehrliche Berlin.
Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 3—6 Uhr.

Schweizer Garten.
Am Königstor, Am Friedrichshain 29/32
Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 60, 62, 63, 74 und Q.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Zum Schluß abends 10 Uhr:
Wie einst im Mai
Volksstück mit Gesang in 2 Akten.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Stürmischer Erfolg!
Berliner Sänger
Stets neues Programm.
Tanzkränzchen.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Variétésterne.
Burleske von Meysel.
Meysel als **Saharet.**
Britton als **Isadora Duncan.**
Anf. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Neue Welt
Hasenheide 108—114.
Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Jeden Mittwoch:
Kinderfreudenfest.
Jeden Donnerstag:
Monster-Feuerwerk.

Max Kliems Sommer-Theater.
— Hasenheide 13—15. —
Artist. Leitung: Bernhard Lange.
Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Mittwochs: Kinderfest.

Gau 9.
2. Bezirk
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.
Sonntag, den 21. Juni:
4. Bezirks-Fest
im Etablissement „Hasselwerder“ in Nieder-Schöneweide.
Gr. Doppel-Konzert.
Spezialitäten.
Reigenfahren.
Pantomime.
Volksbelustigungen aller Art.
Gr. Kinderfackelzug.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Korsofahrt der Vereine mit geschmückten Rädern ab Rixdorf 1 Uhr, Bergstraße 150—151, Johannisthal ½3 Uhr.
Kassenöffnung vormittags 10 Uhr.
Konzertanfang mittags 12 Uhr.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
Billett 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.
Kinder frei.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
12/6 Das Festkomitee.

Aeltestes Teilzahl.-Geschäft für **Brennabor-Räder!**
Kein Laden! Günstigste Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundschaft.

12. Landtags-Wahlkreis.

Moabit! Moabit!

Freitag, den 19. Juni 1908, abends 8 Uhr,

im

Moabiter Gesellschaftshaus, Wicleffstr. 24:

Volks- u. Wählerversammlung

Tagesordnung:

1. **Wer soll im 12. Kreise in den Landtag gelangen?**

Referent: Landtags-Abgeordneter Redakteur **Heinrich Ströbel.**

2. Ansprache des Kandidaten Stadtv. **Adolf Hoffmann.**
3. Freie Diskussion.

Jeder ist geladen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Todes-Anzeige.

Mittwochnachmittag 2 Uhr verschied sanft nach langem schweren Leiden mein innigstgeliebter guter Mann, der Maler

Hugo Wießner

in seinem 38. Lebensjahre.

Dies zeigt allen Freunden, Bekannten und Nachbarn hierdurch schmerzerfüllt an

Die tieftrauernde Gattin
Elly Wießner
im Namen der übrigen Verwandten.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Himmelfahrts-Kirchhofes (Nieder-Schönhausen) aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hutmacher

Emil Müller

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Juni, nachmittags 6 Uhr, auf dem Neuen Pauls-Kirchhof in Plötzensee statt.

Der Vorstand.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter Radfahrer-Bundes „Solidarität".

Touren

zum Sonntag, den 21. Juni.

1. Abt. früh 5 Uhr: Buckow. 1 Uhr: Hasselwerder. Start: Bülowstraße 58.
2. Abt. früh 3 Uhr: Neuruppin, Rheinsberg. 1 Uhr: Hasselwerder. Start: Fontane-Promenade 15.
3. Abt. 7 Uhr: Zwiebusch. 1 Uhr: Hasselwerder. Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 5 Uhr: Buckow. 1 Uhr: Wohin wird am Start: Küstriner Platz, bekannt gegeben.
5. Abt. 1 Uhr: Baumschulenweg. Start: Elysium.
6. Abt. Sonnabend abend 7 Uhr u. Sonntag früh 4 Uhr: Oderberg. 1 Uhr: Hasselwerder. Start: Oderberger Straße 28.
7. Abt. 6 Uhr: Oranienburg (Braun). 2 Uhr: Familientour Waidmannslust (Schweizerhäuschen). Start: Grenzstraße 21.
8. Abt. 6 Uhr: Rüdersdorf (Kalkberge). 1 Uhr: Kaulsdorf. Start: Siemensstraße 3.
9. Abt. 1½ Uhr: Reinickendorf. Start: Schillingstr. 15/16.
10. Abt. 6 Uhr: Briezen. 1½ Uhr: Vogelsdorf. Start: Lothringer Str. 37.
11. Abt. Donnerstag, den 25. Juni, 8 Uhr: Grünheide (Fielitz). Start: Gr. Hamburger Str. 18/19, Verbandshaus.

Motorfahrer 9½ Uhr: Strausberg (Hungriger Wolf). Start: Memeler Ecke Frankfurter Straße.

Pankow-Schönhausen 7 Uhr: **Kremserpartie** nach Pichelswerder. Start: Mühlenstraße (Abendroth).

Gäste willkommen. 12/5

Zentralverein aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Emil Müller

am 14. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. M., abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes in Plötzensee aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Filiale Schöneberg.
Todes-Anzeige.

Am 16. Juni verstarb unser Mitglied

August Schulz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 19. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

253/5 **Die Ortsverwaltung.**

Rein Mieter für 2—4 Zimmerwohnungen in **Charlottenburg** verfehle die schönen Wohnungen in den fertigen Neubauten **Danckelmannstr. 29** und **Horstweg 25**, nahe Kaiserdamm (Untergrundbahn) zu besichtigen.

Am 17. Juni, vormittags 11 Uhr, verschied einsam und verlassen der Bäckereiarbeiter

Wilhelm Schellhase

(geb. am 20. Februar 1845 zu Rosenthal) im Sanatorium Beelitz.

Die Patienten des Sanatoriums Beelitz.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.

Der Riese aller Riesen
Pisjakoff

Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Tischler-Verein zu Berlin.
E. H. No. 89. 198/18

Sonnabend, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billetts zu dem am 13. Juli in der „Neuen Welt" stattfindenden **Sommerfest**, verbunden mit Konzert, Spezialitäten, Feuerwerk, Ball. — Die Generalversammlung findet am 11. Juli statt.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hof I. Amt 3, 1239. Hauptbureau: Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokale von **Allbrodt**, Müllerstraße 7:

Branchen-Versammlung der Schmiede.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Bahn.** 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenleiters. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 118/1

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 Uhr, Weinstr. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen wir uns zu dem Angebot der Arbeitgeber? 2. Welche Maßnahmen ergreift die Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft zur Verhütung von Unfällen in unserem Beruf? 3. Wahl des Vergnügungskomitees. 4. Verbandsangelegenheiten. 54/11

Kollegen! Erscheint in Massen zu dieser hochwichtigen Versammlung.

Der Vorstand.

Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 21. Juni, vorm. 10½ Uhr, im „Königstadt-Kasino", Holzmarktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. 19/4

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Zentral-Krankenkasse der Maurer
„Grundstein zur Einigkeit". Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 21. Juni, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der General-Versammlung. 2. Wahl eines Hilfskassierers für den Bezirk Wedding. 3. Verschiedenes. 149/8

Mitgliedsbuch legitimiert. **Die örtl. Verwaltung.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
E. H. 29. Hamburg. Filiale Berlin IV.

Sonnabend, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, bei **Merkowski**, Andreasstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht für Monat Mai. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. 2721b

Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 21. Juni:

Dampfer-Extrafahrten von der Waisenbrücke.

9½ Uhr vormittags nach **Voigts Krampenburg** (Berliner Alpen), nachmittags 2 Uhr nach **Voigts Krampenburg** und **Neue Mühle.** Fahrpreis hin und zurück 1 Mark.

Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Telephon Amt VII Nr. 580 u. 13 459.

Um die aus der Konkursmasse „Blitz" erworbenen Waren endlich zu räumen, verschenken wir einen großen **Posten**

(gratis) **Herren-Sommer-Paletots** (gratis)

nur bei **Vorzeigung** der **Annonce** und bei **Einkauf 1 Anzuges** von **Serie 7—12.**

Serie 7: **Kammgarn-Anzug,** Gladb. elegante Verarbeitung, 19⁷⁵ M.
dazu gratis 1 Sommer-Paletot.

Serie 8: **Buckskin-Anzug,** neueste braune Muster, 22⁵⁰ M.
dazu 1 Sommer-Paletot gratis.

Serie 9: **Cheviot-Anzug,** extra prima, alle Farben, 25⁰⁰ M.
dazu 1 Sommer-Paletot gratis.

Serie 10: **Gehrock-Anzug,** Satin oder Cheviot, 28⁰⁰ M.
dazu 1 Sommer-Paletot gratis.

Serie 11: **Eleganter Anzug,** Ersatz für Maß, 34⁰⁰ M.
dazu 1 eleganter Paletot gratis.

Serie 12: **Kammgarn-Anzug,** erstklassige Verarbeitung, 42⁰⁰ M.
dazu 1 hocheleganter Paletot gratis.

1 Posten Herren-Anzüge 6⁶⁵ M., 8⁷⁵ M., 9⁸⁰ M.

Piqué-Westen zum Aussuchen, Stück 1⁴⁵ M.

Lüster-, Leinen-, Loden-Joppen, Kinder-Anzüge, Pelerinen

bis 274/20*

50% unter Preis.

85 Chausseestraße 85	Gr. Frankfurter Straße 137
Kottbuser Damm 29-30	10 Schöneberg, Hauptstraße 10

9 Rosenthaler Straße 9, Ecke Auguststraße.

Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands
Bezirksgruppe: Berlin-Brandenburg.

Freitag, den 19. Juni 1908, abends präzise 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal I).

Große öffentliche Versammlung
sämtlicher in den
Krankenkassen Groß-Berlins beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:

Die Vorgänge in den Orts-Krankenkassen der Maurer und Gürtler zu Berlin. Referenten: **Paul Rückert** und **Richard Weiße.** Diskussion. 288/10*

Kollegen! Die außerordentlichen Vorgänge und ein brüskes Benehmen der Vorstände obiger Kassen gegen die Angestellten und deren Organisation machen es jedem Kollegen zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Vorstände obiger Kassen sind zu dieser Versammlung eingeladen. **Der Vorstand.**

Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten

Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

Geschirrbranche: Mittwoch, den 24. Juni 1908.
Treibriemenbranche: Montag, den 22. Juni 1908.
Militärbranche: Sonnabend, den 20. Juni 1908.
Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 25. Juni 1908.
Wagenbranche: Donnerstag, den 25. Juni 1908.
Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, den 25. Juni.
Sektion Charlottenburg: Montag, den 22. Juni 1908.

Achtung! **Achtung!**

Taschen-, Koffer- u. Galanteriebranche!

Donnerstag, den 25. Juni 1908, bei **Graumann**, Naunynstr. 27.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen im Taschen- und Portefeuiller-Gewerbe.

Kein Mitglied darf diese Branchenversammlung versäumen.

Achtung! Koffermacher! Achtung!

Heute, Freitag, den 19. Juni, abends 8½ Uhr, im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Außerordentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Das Ergebnis der letzten Verhandlungen und unsere weitere Stellungnahme.

Alle Koffermacher müssen anwesend sein.

157/7 **Die Ortsverwaltung.**

Infolge **Total-Auflösung** unseres **Warenhauses**

und behufs schneller Räumung der vorhandenen noch sehr enormen Vorräte verkaufen wir **ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Wert** an allen Abteilungen zu drei Einheitspreisen

95 Pf. — **1 95 Mk.** — **2 95 Mk.**

Dieser Serien-Verkauf bietet diesmal eine zweifellos einzig dastehende und nie wiederkehrende Gelegenheit.

Beginn Sonnabend den 20. Juni früh 9 Uhr.

Königstr. 33 Ecke Neue Friedrichstrasse. **Fr. Pfingst & Co.** BERLIN C. 2. Königstr. 33 Ecke Neue Friedrichstrasse.

Urbin
Bester Schuh-Putz
In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: **Urban & Lemm**, Charlottenburg.

Arbeiter=
Bekleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12.
Zweites Geschäft: Landsberger Allee 148.

„Flora“ Spandau, Pichelsdorferstr. 39. Sonntags Anfang 3 Uhr: **Gr. Ball.** Familien können Kaffee kochen! 52681* Emil Koepnick.

Bolero
ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste 2 Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren. 466L
2 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern **75 Pf.** (40 Minuten Badezeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Auf zum Knöpflesschwob!
Treffpunkt aller Württemberger und Süddeutschen bei [*
Josna Schäfer,
Kottbuser Damm 103,
Ecke Maybach-Ufer.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Genossenschafts-Kasino
mit 74 Quadratmeter Versammlungsraum (150 Personen) zum 1. Okt. cr. **zu verpachten.** Tüchtige Fachleute wollen sich **sofort** bei der Rixdorfer Baugenossenschaft **„Ideal“**, Reuterstraße 2, in den Geschäftsstunden Dienstags und Freitags abends 6 bis 8 Uhr oder beim Bauleiter Architekt **Kind**, Hermannstr. 200 (Tel. Rixdorf 627), melden. *

Auf **Teilzahlung**
Wöchentlich nur 1 Mark!
Große Auswahl **Uhren, Goldwaren** jeder Art, **Zithern, Phonographen, Grammophone, Musikwerke** usw.
Verkauf von prima **Platten und Walzen.**
Juhre & König, jetzt Warschauer Straße 68, I. Etage, und Reinickendorfer Straße 101, I Etage. *

Hinter Mariendorf
R. 20 M. Näheres im Verkaufsbureau an der Endstation der Straßenbahnlinie 96 oder bei **Helert, Berlin,** Luisenufer 41. 193/16

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 910R*

Teppiche! (sehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt bei Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz.

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Staunenddbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Sommerpaletots! Herrenhosen! Extrabilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Sonntags ebenfalls geöffnet. †106

Gaskocherhaus!!! Zweiflochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! Gasbügelapparat! 5,00. Schneideeisen billig! Bronzegaskronen! Gaszuglampen! 9,00. Gasrohrlyren! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 908R*

Abreisewegen prachtvolle Metallbetten, Kinderbettstelle, hochaparte Kinderwagen sofort spottbillig Rappold, Ritterstraße 60. 887R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14.

Wasch- und Wringmaschinen, billigste Preise, prima Qualität. Bei Abzahlung größtes Entgegenkommen. Bellmann, Gollnowstraße 26. 796R*

Riesenposten Teppiche, Sofa- und Salongröße, 4,35, 6,75, 10, 800 Mark. Eine Partie mit kleinen Webfehlern spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 914R*

Littauer- Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte spottbillig, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67. 27145

Damenhemden, Herzfasson, mit gestickter Passe 1,25, Herrenhemden 1,30, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 4,75. Normalwäsche, Arbeiterhemden, sowie einzelne Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. Sonntags geöffnet. 193/13

Humboldtleihhaus, Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilligster Räumungsverkauf. Bettenverkauf, Pfänderverkauf, Bettwäsche, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Gardinenverkauf, Plüschtischdecken, Schlafdecken, Jackettanzüge, Sommerpaletots, Uhrenverkauf, Schmucksachen. Sonntags geöffnet. 921R*

Kartoffeln, Zentner 3,20, 2,90, 2,50, 20 Pfund 0,65, 0,60, 0,50. Rixdorf, Raschinski, Steinmetzstraße 113. †107*

Hobelbänke, Schreibpult verkauft Mendelssohnstraße 6. 138/14

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. †39*

Geschäftsverkäufe.

Restauration, flottes Baugeschäft, Miete 1000. Weserstraße 29, Osten. *

Parteilokal, mehrere Vereinszimmer, bis 150 Personen fassend, sofort zu verkaufen. Offerten unter F. 20 an Postamt 102. 27195*

Krankheitswegen Obst-, Gemüse-, Kartoffel-, Herings- und Kolonialwaren-Geschäft für jeden annehmbaren Preis. Rixdorf, Pannierstr. 56.

Räuchergeschäft, zweihundert Mark. Grüner Weg 15. †39

Räuchergeschäft billig zu verkaufen, kann Frau versehen. Pestalozzistraße 93. †126

Zigarrengeschäft, gutgehend, sofort verkäuflich. Ersragen Caprivistraße 3, Restaurant. †17

Restaurant, Parteilokal, billig verkäuflich Boxhagenerstraße 43. †56

Klempnerei billig zu verkaufen. Offerten J. 1, Annoncenbureau, Kastanien-Allee 54. 27165

Materialwaren-, Seifengeschäft, krankheitshalber billig zu verkaufen. Groß-Lichterfelde, Dürerstraße 6a.

Möbel.

Paneelplüschsofa, funkelnagelneu, entzückendschön, Stickereimuster 40,00, Chaiselongue, Muschelbetten 30,00, Kleiderspinde, Vertiko 20,00, Regulatoruhren, Bilder, Ausziehtische 15,00, Sofatische 10,00, Schreibtische, Teppiche, Privatverkauf, auch Sonntag, Schlegelstraße 31, Vorderhaus I. *

Konkurrenzlos! Im Möbelkaufhaus Köpenickerstraße 29, an der Köpenicker Brücke, stehen viele Wohnungseinrichtungen von 150 Mark an sowie einzelne Möbelgegenstände zum schleunigen Verkauf aus. Außerdem verliehen gewesene Möbel weit unterm Wert, darunter Kleiderspind 24,—, Vertiko 27,—, Ausziehtisch 15,—, Bettstellen mit Matratze 19,—, Waschtoiletten 20,—, elegante Taschensofas 44,—, Büfetts 100,—, englische Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 39,—, Herrenschreibtisch 28,—, moderne Küchen in allen Farbentönen von 40,— an. Lagerung, Transport frei. Sonntags geöffnet. 193/18

Verpfändete, nicht eingelöste Möbel sollen billig verkauft werden. Möbelspeicher, Dresdenerstraße 107/108.

Fahrräder.

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 3209R*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Dürkopräder, Opelfahrräder, Wandererräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 2129R*

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Herrenfahrrad, Torpedofreilauf, seltener Gelegenheitskauf, spottbillig, Pankstraße 45, parterre rechts. *

Herrenrad, modern, spottbillig. Heinze, Brückenstraße sechs. 925R*

Marsfahrrad, erstklassig, verkauft Fischer, Boxhagen, Krossenerstraße 17. *

Verschiedenes.

Lewandowsky-Gesellschaft, Oldenburgerstraße 25. †118*

Patentanwalt Wessel, Glitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Platinabfälle, altes Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Köpenickerstraße 29. Telephon IV, 6958. 123/15

„Leihhaus Merkur“, Große Frankfurterstraße 116 I. Hohe Beleihung für Uhren, Goldwaren, Garderoben, Pelzwaren, Wäsche, Möbel sowie jeden Wertgegenstand. 503R*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 138/15*

Walzerkurse. Sommertanzkurse, Anfängerkursus. Anmeldungen Skalitzerstraße 130. 27156

Junge Frau sucht Darlehn. Kastanienallee 78, vorn III geradeaus.

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Ein- und Zweizimmerwohnungen sofort Soldinerstraße 32/34.

Kleine Wohnungen sind sofort billig zu vermieten Görlitzer Ufer 5. *

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, 1—2 Herren oder Damen. Bochow, Swinemünderstraße 4, vorn hochparterre. 27135

Freundliche Schlafstelle Rigaerstraße 5 III bei Rudolph. †56

Möblierte Schlafstelle, kleines Landhaus, 2 Herren, ungeniert. Reinickendorf-Ost, Neptunstraße 3.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechte bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1465b

Stellenangebote.

Aufwärterin sucht Schulz, Heidenfeldstraße 12, III. Anmeldungen 4—5 Uhr. †56

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Maschinenmeister
für **Chromo** (Nachtarbeit) sof. ges.
Goldner & Co., G. m. b. H., Brieg-Breslau. [3452Q

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Heute **Freitag, den 19. Juni,** von **7 Uhr abends** an, findet eine

Flugblattverbreitung

in den Bezirken Groß-Berlins statt.

Das Flugblatt soll vornehmlich allen denjenigen behändigt werden, welche bei den Landtagswahlen sozialdemokratisch gestimmt haben.

Vom 21. Juni ab ist dann Nachfrage zu halten und zum Eintritt in den Wahlverein und Abonnement für den „Vorwärts“ aufzufordern.

Nach den so günstigen Wahlresultaten dürfte auch diese Arbeit eine erfolgreiche sein und uns denselben großen Erfolg bringen wie die gleiche Agitation im November vorigen Jahres.

Wir erwarten, daß unsere Parteigenossen in der gewohnten treuen Pflichterfüllung die Werbearbeit mit Eifer verrichten.

Der Zentralvorstand.

Zur Lokalliste. Folgende Lokale stehen der Arbeiterschaft zur Verfügung: **Reinickendorf-West** (N.-W.): „Eichborn-Säle“, Eichbornstraße 60. **Kolonie Bergfelde** (N.-W.): „Zum Einsiedler“, Hohenneuendorfer Straße.

Die Lokalkommission.

Lankwitz. Am Sonntag, den 21. Juni, findet eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Das Material ist von bekannter Stelle seitens der Bezirksführer abzuholen.

Lichtenberg. Heute abend findet Flugblattverbreitung statt, und zwar muß dieselbe nach den Hauslisten geschehen, da nur die Wähler besucht werden sollen, welche bei der Landtagswahl für uns gestimmt haben.

Treptow-Baumschulenweg. Die Flugblattverbreitung findet nicht heute, sondern Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus statt.

Karlshorst. Parteigenossen! Am Sonnabend, den 20. Juni, abends Punkt 7 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Adlershof. Am Freitag, den 19. Juni, findet hier eine Flugblattverbreitung statt. Empfangnahme der Flugblätter Freitag abend 7 Uhr bei Töpfer, Hellwigstraße 31.

Pankow. Freitag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, findet Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus statt.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Heute abend 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus.

Neuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet bei Wünsche, Neuenhagen, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Die Lehren der verflossenen Landtagswahl. 2. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 3. Neuwahl eines Kassierers. 4. Verschiedenes.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 7 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Weißensee. Den Genossen zur Nachricht, daß auch in unserem Orte heute abend eine Flugblattverbreitung stattfindet.

Grünau. Heute Flugblattverteilung von der Grünen Ecke aus.

Wahlverein Friedrichshagen und Umgegend. Sonnabend, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, im Restaurant Wilhelmsbad, Seestraße: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bezirkseinteilung. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten war die vorletzte vor den Sommerferien. Ihre Tagesordnung war überlang, sie war ausgestattet mit einer reichen Fülle aller möglichen Verhandlungsgegenstände. Wenn es zu den Ferien geht, wird gewöhnlich im letzten Augenblick noch alles hineingestopft, was sich hineinstopfen läßt. In der Ferienvorfreude wird dann aber von der Versammlung auch manches debattelos mitverramscht, was sonst vielleicht doch noch zu einer Aussprache geführt hätte.

Kurzer Prozeß wurde gestern sogar mit der Brandstiftungsfrage gemacht, so kurzer, wie man ihn mit den Brandstiftern selber machen möchte, wenn man sie hätte. Es muß abgewartet werden, ob die Prämien, deren Aussetzung die Stadtverordneten wünschen, Erfolg haben werden. Zweifel daran wurden geäußert von unserem Genossen Weyl, der namens der sozialdemokratischen Fraktion die Frage aufwarf, ob nicht der Magistrat irgendwie darauf hinwirken könne, daß die Hausbesitzer sich zu einer schärferen Ueberwachung ihrer Böden entschließen. Die Fraktion stimmte im übrigen dem Ausschußantrage auf Prämienaussetzung zu. Außerdem hatte sie aber einen Antrag eingebracht, der auf Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadtgemeinde abzielt. Angesichts der Unfähigkeit der „königlichen Polizei“ unserer Haupt- und Residenzstadt, den Brandstiftern das Handwerk zu legen, gewinnt in der Tat die Frage, ob nicht die Sicherheitspolizei zweckmäßiger und erfolgreicher von der Stadt selber ausgeübt werden könnte, ein neues und erhöhtes Interesse. Der Antrag, der wohl am besten, wie Genosse Stadthagen es vorschlug, zusammen mit den Maßregeln gegen die Brandstifter erörtert worden wäre, wird als besonderer Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommen.

Zu einer Bauvorlage, die das Virchow-Krankenhaus betraf, ergriff Genosse Schulz das Wort, um gegen die Bauverwaltung wie gegen die Krankenhausverwaltung schwere Vorwürfe wegen des bewiesenen Mangels an Umsicht zu richten. Im weiteren Verlauf der Sitzung gab dann noch die Vorlage über die dem Aquarium zugedachte Beihilfe unserem Genossen Weyl Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die Stadt einmal genauer prüfen sollte, was denn von diesem Institut und seiner späteren Entwickelung erwartet werden darf.

Fürstliche Sammler.

Der Prozeß gegen den gottbegnadeten Aegirsänger, der auf der lumpigen Mutter Erde den Namen Fürst Eulenburg führt, soll wirklich noch vor den Gerichtsferien stattfinden, nach amtlicher Quelle sogar noch in diesem Monat. Trügt nicht alle menschliche Voraussicht, so werden wir im Moabiter Justizpalast nicht ein forensisches Sittendrama, sondern eine psychiatrische Komödie erleben. Die Absicht der Verteidigung, das geisteskranke Moment nicht gerade als Nebensächlichkeit zu behandeln, hat während der letzten Wochen immer festere Gestaltung angenommen. Der große Schauspieler aus Liebenberg hätte früher sicher jeden Menschen, der an seiner Zurechnungsfähigkeit die geringsten Zweifel laut äußerte, mit einer Beleidigungsklage beehrt und der üble Nachredner konnte dazumal, als noch ein anderer Wind wehte, einer gepfefferten Verurteilung gewiß sein. Heute greift der „schwerkranke“ Mann, der gefürstete Charité-Dulder, nach diesem letzten Rettungsanker vor den „schwedischen Gardinen“ wie der Ertrinkende nach dem Strohhalm. Vielleicht war es sein Schweineglück, daß er die Vorliebe so vieler seiner Standesgenossen teilte, irgend welchen alten Plunder besonderer Art in seinem Schlosse aufzustapeln. Ob sich diese Vorliebe schon in seiner Blütezeit am preußischen Königshofe oder erst nach der Absägung vom Thronhimmel gezeigt hat oder gar erst, als die Hardenclique schweres Geschütz auffuhr und die Mündungen ihrer Schnellfeuergeschütze nach den höchsten Ständen richtete, darauf wird man wohl nicht so erhebliches Gewicht legen. Die Hauptsache bleibt, daß man auf dem Liebenberger Schlosse einen Haufen alter Gitter gefunden hat, ein Spezialmuseum, das man bei etlichen Dutzend Alteisenhändlern in wenigen Tagen zusammenschalen kann. Mit köstlichem Witz erklärt ein Montagsblatt, daß der Fürst bei dieser Sammlertätigkeit durchaus logisch verfahren sei. Er habe alle möglichen Gitter aufgetrieben, bloß eine einzige Sorte war nur mit einem kleinen Staatsstreich zu erlangen, nämlich das — Gefängnisgitter. Und gerade hierbei scheint der fürstliche Dulder sich verrechnet zu haben, denn sein Herzenswunsch, die Gitter des „Kittchens“ in nächster Nähe auf historischen oder sonstigen Wert zu untersuchen, werde ihm wahrscheinlich nicht erfüllt werden. Die famose Fürstin Wrede hat silberne Löffel ge—sammelt und kam dafür auch nicht in den „Kahn“. Es wäre also doch eine schreiende Ungerechtigkeit, den Eulenburger nicht mit demselben Maße zu messen.

Vielleicht kommt's aber doch anders. Wir fürchten nämlich, daß gewisse andere fürstliche Personen, sogar sehr hochgestellte Personen, es sich ernstlich verbitten werden, daß man die Sammelwut mit dem Charakter der Unzurechnungsfähigkeit belegt. Die königliche Urgroßmutter aus London hinterließ bei ihrem Tode einen ganzen Puppenbazar. Von anderen Fürstlichkeiten ist es bekannt, daß sie Ballschuhe, alte Stiefelsohlen, Bleistifte, Kochgeschirre, Hosenknöpfe, Vogelbauer und dergleichen Kram sammeln. Alles aus jenem Triebe heraus, den die Langeweile gebiert, wenn die betreffenden Erdenmenschen für ihren hochstreben Geist absolut keine andere Betätigung entdecken können. Dem Kaiser von Rußland sagt man sogar nach, daß er eine starke Vorliebe für Foltertwerkzeuge und hanfene Stricke besitze. Gerade wie bei den Wilden, deren Häuptlinge vor ihren Wohnungen nach dem schönen Grundsatz „Schmücke dein Heim“ die Schädel der gemordeten Feinde zu Pyramiden auftürmen. Das ist alles erlaubt und je nach Umständen sogar sehr geistreich. Bloß Gitter darf man nicht sammeln. Das ist ganz entschieden eine starke Probe geistigen Defekts und für unsere hochmodernen Psychiater ein gefundenes Fressen. Im Geiste sehen wir die Herrschaften von der psychiatrischen Wissenschaft schon jetzt, wie sie sich an ihnen nächtelang abrackern, mit ellenlangen, halb unverständlichen Gutachten vor dem Gerichtshof antreten und ihre Hand dafür ins Feuer legen, daß der arme Gequälte in geistiger Umnachtung einen ganz gemeinen Meineid geleistet hat. Freilich, die Sache ist etwas kitzlich. Man soll ja in diesem Falle mehrere Jahrzehnte zurückgreifen, ein ganzes hoheitsvolles Fürstenleben in seine intimsten Teilchen zerlegen, es geistig bei lebendigem Leibe sezieren. Damals, als der erlauchte Graf am Starnberger See die dummschlauen Fischerknechte in vergoldeten Netzen fing, war er bloß anormal. Das war bloß eine kleine Jugendsünde, geboren aus dem Vorrecht des Reichen, der vor anderen Menschen auch in geschlechtlicher Beziehung nicht zu wenig voraus haben muß. Dann kam die jahrelange Sonnenperiode, in der an des Eulenburgers feinästhetischem Empfinden noch heute beileibe nicht getippt werden darf, wenn sich nicht andere Leute getroffen fühlen sollen. Und als endlich die homosexuelle Karre vollständig in den Dreck gefahren ist, bildet die Erklärung der Anormalität, ja sogar die „zeitweise“ direkte Unzurechnungsfähigkeit wieder mal das Allheilmittel im preußischen Gerichtsverfahren. Aber glaubt nicht etwa, daß das auch Klassenjustiz ist! Bewahre — man muß nur immer die Gelegenheit beim Schopfe fassen und die Stelle zu finden wissen, wo der Schuh drückt. Dann bleibt selbst der fürstliche Meineidige aus Liebenberg davor bewahrt, daß er das einzige in seiner Sammlung noch fehlende Gitter erwirbt.

Haben wir uns eigentlich so furchtbar darüber aufzuregen, wenn Fürst Phili von aller Schuld und Fehle freigesprochen wird und siegestrunken auf sein Schloß zurückkehrt? Ganz und gar nicht. Wir haben von vornherein nichts anderes erwartet. Wir müßten dem Manne sogar dankbar sein, daß er nicht das letzte Fünkchen „Ehrgefühl“ besessen hat, mit einer mitleidigen Kugel seine Anormalität für immer sechs Fuß unter die Erde zu bringen. Es soll uns genügen, daß der ziemlich sichere Freispruch dieses traurigen Komödianten ein paar Hunderttausend neue Sozialdemokraten wirbt!

Die städtische Erfrischungshalle im Treptower Park, mit größerem Garten versehen, bringt vertragsgemäß nur alkoholfreie Getränke zum Ausschank. Der Pächter, welcher hierbei nicht zurecht kommt, hatte sich an den Berliner Magistrat mit dem Ersuchen gewandt, ihm auch den Ausschank von Bier zu gestatten. Der Magistrat hat indes dieses Ansuchen mit der Begründung abgelehnt, daß der „ruhige Charakter der Erfrischungshalle gewahrt bleiben solle“. Wenn die Berliner Gastwirte-Innung in ihrem Fachorgan hiergegen zu Felde zieht und aus dem Bescheide herauslieſt, daß jeder Bierausschank in der Hauptsache Radaubrüder beherbergt, so will uns das überempfindlich erscheinen. Rings um Treptow und in Treptow selbst gibt es so viele Gelegenheiten zum Biertrinken, daß Besucher des Parks, die für alkoholfreie Getränke nicht schwärmen, wahrhaftig nicht in Verlegenheit kommen. Man muß in dieser Spezialfrage beiden Teilen gerecht werden.

Den Landwehrkanal zu einem Boulevard umzugestalten, dieser sehr sonderbare Vorschlag beschäftigte ernsthaft die letzte Sitzung der Tiefbaudeputation. Er wurde aber einstimmig abgelehnt, und zwar zunächst, weil er technisch nicht durchführbar ist. Ferner wurde auf die zunehmende Bedeutung der Schiffahrt auf dem Landwehrkanal hingewiesen, an der auch Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg beteiligt sind. Die Häfen am Urban, Hafenplatz usw. müßten wieder eingehen und die jetzigen Uferstraßen und Anlagen von der Potsdamer Brücke bis nach Charlottenburg verschwinden. Es wurde darauf hingewiesen, daß durch eine Verbreiterung der jetzigen Ufer- und Zufahrtsstraßen den Bedürfnissen des gesteigerten Verkehrs weit besser gedient werde. Hinzu kommt aber noch, daß die Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffbau auf der Schleuseninsel dann verlegt werden müßte, und daß die jetzige Entwässerung und Bewässerung des Tiergartens ausschließlich von dem Landwehrkanal aus bewirkt wird.

Der Oberbürgermeister beim Kaiser.

Ueber die Audienz des Oberbürgermeisters beim Kaiser in Sachen Berliner Verkehrsfragen haben wir berichtet. Der Vollständigkeit halber wollen wir auch die halbamtliche Mitteilung wiedergeben, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht. Sie schreibt:

„Im Anschlusse an die Veröffentlichungen über den Verlauf der vom Kaiser dem Oberbürgermeister Kirschner am Sonnabend, den 13. d. M., gewährten Audienz in Sachen der Berliner Verkehrsfragen wird von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß der Kaiser über die Streitpunkte zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn, sowohl nach der öffentlichrechtlichen Seite wie nach der privatrechtlichen unterrichtet war, insbesondere auch darüber, welche verschiedenartige Beurteilung die streitenden Teile den einschlägigen Bestimmungen und den zwischen ihnen bestehenden Abreden zuteil werden lassen.

Der Kaiser betonte, ohne zu den Streitfragen Stellung zu nehmen, daß im öffentlichen Interesse eine Lösung gefunden werden müsse, um offensichtlichen Mißständen im Berliner Verkehrsleben abzuhelfen. Als solche kennzeichnete der Kaiser in erster Linie die vorhandenen Niveaubahnen vor dem Brandenburger Tor, auf dem Potsdamer Platz und in der Leipziger Straße. Der Kaiser setzte voraus, daß die Niveaubahnen an diesen Stellen durch Tunnelbahnen zu ersetzen wären. Von welcher Seite diese Bauausführungen erfolgten, wäre angesichts der Notwendigkeit, baldigst Abhilfe zu schaffen, ohne Belang. Der Wunsch der Stadt, Bauherr zu sein, wäre begreiflich und zur Erörterung geeignet.

Diese Aeußerung des Kaisers erfolgte, nachdem der Oberbürgermeister die Straßendurchbruchsprojekte erläutert und im Laufe der Erörterung erklärt hatte, die Stadt würde alles tun, was das Verkehrsinteresse erheischte, und er sei dann, wenn Tunnelanlagen vor dem Brandenburger Tor, auf dem Potsdamer Platz, im Zuge der Leipziger Straße und unter dem Opernplatz als unerläßlich und dringlich bezeichnet würden, bereit, deren Ausführung auf städtische Kosten bei den zuständigen Körperschaften zu befürworten.

Der Ausführung eines Tunnels in der Längsrichtung der Linden wurde zurzeit eine besondere Bedeutung nicht beigelegt.“

Von einem schweren Hagelschlag wurden Mittwoch nachmittag die östlichen Vororte von Berlin betroffen. Die drohenden Gewitterwolken, welche sich am Nachmittage über Berlin zusammengezogen, der Reichshauptstadt aber kaum wenige Regentropfen brachten, entluden sich zwischen 6 und 7 Uhr in der Umgebung Berlins und ganz besonders wurden die östlichen Vororte in Mitleidenschaft gezogen, die auch bei dem Unwetter im Mai sehr schwer betroffen worden waren. Strichweise ging ein starker Hagelschlag nieder, und die Eisstücke erreichten vielfach die Größe von Taubeneiern. Besonders hatten unter dem Unwetter die Felder zu leiden und streckenweise liegt das Korn wie niedergemäht am Boden. In den Anlagen bei Treptow wurden durch den Sturm und Hagel die Zweige von den Bäumen heruntergerissen und in den Gärten die Obstansätze vernichtet. Auch das auf den Feldern stehende Gemüse hatte empfindlich gelitten.

Opfer der Hitze. Von einem Hitzschlag ist gestern der 47 Jahre alte Mechaniker Franz Winkler, der obdach- und arbeitslos war, betroffen worden. Beim Passieren der Pflügerstraße brach W. plötzlich zusammen; der Bedauernswerte war von einem Hitzschlag heimgesucht worden. W. fand im Krankenhaus Aufnahme. — Einen Unfall mit tödlichem Ausgang hatte ein Hitzschlag zur Folge, von dem der Grundstücksbesitzer Koswig aus Glienicke betroffen wurde. K. hatte auf dem Bock eines schwer beladenen Lastwagens gesessen. Während der Fahrt bekam er einen Hitzschlag und stürzte vom Bock herab. Er fiel unglücklicherweise unter die Räder des Wagens und wurde auf der Stelle totgefahren. Der Sohn des K. mußte dem Vorgang zusehen. — In der Rheinstraße in Friedenau stürzte der Kutscher Wronke aus der Rovalistraße infolge eines Hitzschlages vom Bock und wurde gleichfalls überfahren und schwer verletzt.

Beim Baden ertrunken ist der Tischler Roman Waberski. W. hatte in der Oberspree in der Nähe von Erkner ein Bad nehmen wollen. Er wagte sich zu weit in die Strömung hinein und wurde stromabwärts getrieben. Vergeblich suchte er gegen das Element anzukämpfen. Schließlich verließen ihn die Kräfte und er sank unter. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Unter den Rädern eines Mörtelwagens. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich in der Liebigstraße zugetragen. Ein etwa vier Jahre altes unbekanntes Mädchen wurde beim Ueberschreiten des Fahrdammes von dem Handpferd eines vorüberkommenden Mörtelwagens erfaßt und unter die Räder gerissen. Das schwere Gefährt ging dem armen Geschöpf über den Oberleib hinweg. In leblosem Zustande wurde die Kleine nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Da die Lunge vernichtet ist, so ist an ein Wiederaufkommen des Kindes nicht zu denken.

Auf hoher See fortgespült. Von einem beklagenswerten Geschick ist der Kunstmaler Reinhold Brandt aus Steglitz betroffen worden. Wie der Schwester des B. vom Konsulat aus Bergen mitgeteilt worden ist, ist ihr Bruder auf einer Fahrt an Bord des Dampfers „Margareta“ von einer Sturzwelle erfaßt und ins Meer gerissen worden. Der bedauerliche Vorfall trug sich während der Ueberfahrt nach Schweden zu. B. war gerade dabei gewesen, auf Deck sitzend, eine Skizze anzufertigen, als ihn die Welle erfaßte und ihn über Bord riß. Die sofort angestellten Rettungsversuche hatten leider keinen Erfolg. In Künstlerkreisen hatte sich B. einer großen Beliebtheit erfreut.

Der „Blanke Höllenfürst“ verhaftet. Gestern kurz nach Mitternacht gelang es der Schöneberger Kriminalpolizei in der Steinstraße in Berlin den „Blanken Höllen-Räuberhauptmann“, wie er sich von seinesgleichen gern nennen hörte, in der Person des zwanzigjährigen Fritz Unruh aus der Koburger Straße dingfest zu machen. Er ist das „leitende geistige Oberhaupt“ jener zum Teil bereits von Berliner und Tempelhofer Kriminalbeamten verhafteten jugendlichen Räuberbande, die am 2. d. M. am hellen Tage den Kaufmann W. aus Wilmersdorf an der Tempelhofer Chaussee niederschlug und vollständig ausraubte. U. ist im vollen Umfange geständig. Seit seinem Abgang von der Schule hat er alle Nick Carter- und Sherlock Holmes-Geschichten verschlungen und ist dadurch angeregt, auf den Gedanken der Gründung einer Räuberbande gekommen. Als er den Herrn von weitem allein auf der Chaussee kommen sah, habe er seiner Bande kommandiert, sich im Graben zu verbergen und sei dann zu ihm gegangen, um sich durch Anknüpfung eines Gespräches zu vergewissern, was der Herr wohl wert sei. Als er das Vorhandensein einer goldenen Uhr und einer wohlgefüllten Börse festgestellt, habe er den „Unsittlich-Ueberfallenen“ markiert und sich von seiner Bande „retten“ lassen. Man habe dann gemeinschaftlich den Herrn, bis er besinnungslos geworden, geschlagen und gewürgt und völlig ausgeraubt. Er selbst habe ihm außer den Stiefeln sogar noch die Strümpfe ausgezogen. Die Beute sei schließlich an der „Blanken Hölle“ „ehrlich“ geteilt worden.

Vermißt. Seit dem 3. 4. 08, vorm. 6½ Uhr, wird der Mechanikerlehrling Franz Kammel, 5. 6. 90 zu Oberwaltstadt in Böhmen geboren, vermißt. Beschreibung: 1,65 Meter groß, schlank, dunkelblonde Haare, blaue Augen, kleine auseinandergehende Zähne, gerade Körperhaltung, blasse Gesichtsfarbe. Kleidung: Dunkelkarierter Anzug, schwarzer Paletot, schwarze Schnallenstiefel, hellbraune Strümpfe, Trikotleibwäsche, schwarzer steifer Hut. Zweckdienliche Mitteilungen zur Auffindung des Genannten werden sowohl von der Kriminalpolizei als auch von jedem Polizeirevier schriftlich oder mündlich zu den Akten 2313 IV 23. 08 entgegengenommen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wählte am Dienstag die Herren Cassirer, Dr. Gottstein, Meyer, Dr. Penzig, Sachs und Schliemann, deren Amtsperiode mit Ende des Jahres abläuft, auf 6 Jahre zu unbesoldeten Stadträten wieder. Neugewählt wurde der der liberalen Fraktion angehörige Stadtv. Dr. Spiegel.

Eine lebhafte Erörterung rief die Frage der Gewährung von Teuerungszulagen an Lehrer und Lehrerinnen hervor. Die Regierung zu Potsdam hat am 25. Mai plötzlich eine Verfügung erlassen, durch die sie das Genehmigungsrecht für die durch Gemeindebeschluß den Rektoren, Lehrern und Lehrerinnen der Gemeindeschulen und der Bürgermädchenschulen bewilligte Teuerungszulagen in Anspruch nimmt und die bisher erfolgten Zahlungen für ungültig erklärt hat. Der Magistrat hat sich bereit erklärt, die Genehmigung der Regierung nachträglich einzuholen, bis zum Eingang der Genehmigung aber die weitere Zahlung der Teuerungszulagen einzustellen.

Stadtv. Otto (lib.) betonte die Bedeutung dieses Vorfalls für die Selbstverwaltung, er beantragte, die Mitteilung des Magistrats einem Ausschuß von 11 Mitgliedern zu überweisen und ferner zu beschließen, ohne Rücksicht auf die Ausschußberatung dahin zu wirken, daß die Regierungsentscheidung über die Teuerungszulagen noch vor dem 1. Juli erfolgt.

Bürgermeister Matting gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, die Genehmigung der Regierung bis zum 1. Juli, spätestens aber bis zum Beginn der Ferien einzuholen.

Stadtv. Dr. Borchardt (Soz.) hätte es für richtiger gehalten, den Magistrat aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß mit möglichster Beschleunigung die Gemeindevertretung sich darüber einig wird, wie sie gegenüber der Verfügung der Regierung zu handeln hat. Er schlug vor, die Teuerungsvorlage in derselben Weise zu beschließen wie im Vorjahre, wenn nicht die Absicht besteht, etwa den Lehrern die Teuerungszulagen und darüber hinaus die Gehaltsverbesserung noch besonders zu gewähren. Für eine solche Teuerungszulage, die nur auf die eventuell zustande kommende Gehaltserhöhung anzurechnen sei, brauche man keine Genehmigung. Daher berühre es unangenehm, daß der Magistrat, ohne sich vorher mit der Versammlung ins Einvernehmen zu setzen, sofort die Genehmigung nachholen wolle.

Nachdem sich noch Stadtv. Stadthagen (natl.) in demselben Sinne wie Otto ausgesprochen hatte, gelangten die Anträge Otto einstimmig zur Annahme.

Hierauf erstattete Stadtv. Holz den Bericht des Ausschusses über den sozialdemokratischen Antrag betr. Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten und Neueinteilung der Wahlbezirke. Der Ausschuß hat die Notwendigkeit einer Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten nicht anerkannt, er empfiehlt die Zahl derselben durch Ortsstatut festzusetzen. Den zweiten Teil des sozialdemokratischen Antrages empfiehlt er zur Annahme; der Magistrat soll also noch vor den nächsten Ergänzungswahlen eine angemessene Abgrenzung der Wahlbezirke vornehmen. Dieser Antrag gelangte zur Annahme, nachdem Stadtv. Hirsch noch einmal dem sozialdemokratischen Antrage in vollem Umfange Folge zu leisten ersucht hatte.

Dem Verein für die Berliner Arbeiterkolonien bewilligte die Versammlung aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens, unter gleichzeitigem Erwerb der Mitgliedschaft der Stadtgemeinde, eine einmalige Beihilfe von 500 M. aus dem Dispositionsfonds, Genosse Flemming machte den vergeblichen Versuch, der Mehrheit eine Schilderung von der antisozialen Tätigkeit des Vereins zu geben.

Weiter erklärte sich die Versammlung mit der Gewährung eines laufenden Beitrages von 3000 M. pro Jahr an den gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin einverstanden. Der Verein wird am 1. Juli eine Rechtsauskunftsstelle in der Bismarckstr. 49 eröffnen.

Der sozialdemokratische Antrag betr. Einführung einer Wertzuwachssteuer, den die Mehrheit bisher stets abgelehnt hatte, wurde nach kurzer Begründung durch den Genossen Hirsch einem Ausschuß überwiesen.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der den Magistrat ersucht, gemeinsam mit der Versammlung in gemischter Deputation über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beraten, gelangte zur Annahme, nachdem Zietsch in eingehender Weise das Problem der kommunalen Arbeitslosenfürsorge erörtert und Wilk seine Darlegungen durch Beispiele aus der Praxis ergänzt hatte.

Schließlich beschloß die Versammlung noch, die Berufung gegen das die Ungültigkeit der Wahlen unserer Genossen Scharrnberg und Flemming aussprechende Urteil des Bezirksausschusses zurückzuziehen. Da die beiden Genossen auch ihrerseits Berufung eingelegt haben, sind ihre Mandate trotz dieses Beschlusses nicht erloschen.

Der Gesangverein „Charlottenburger Liedertafel" (M. d. A.-S.-B.) veranstaltet am Sonntag, den 21. Juni cr., im Lokal von Fritz Kant (Restaurant „Waldhaus"), Tegeler Weg 38, ein Sommerfest (Konzert, Gesang, Tanz und Kinderbelustigungen). Entree inklusive Tanz und Programm 25 Pf. Kinder erhalten zum Fackelzug eine Stocklaterne gratis. Anfang 8 Uhr.

Pankow.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich am Dienstag mit dem Dreimillionenprojekte des neuen Pankower Wasserwerkes. Nachdem Pankow seit Jahren unter der Wasserkalamität zu leiden hatte, wurden endlich Schritte unternommen, ein geeignetes Terrain anzukaufen. Die Leistungen des alten Wasserwerkes konnten den Anforderungen der letzten Jahre nicht mehr genügen. Die Gemeinde war gezwungen, auf andere Weise Wasser herbeizuschaffen. So wurde denn ein Vertrag mit Berlin abgeschlossen, Wasser bis 1500 Kubikmeter pro Tag im Maximum zu liefern. Damit war nur ein Provisorium geschaffen. Es wurden nun Bohrversuche in der Gegend von Mühlenbeck, Wandlitz und Umgegend angestellt, jedoch mit negativem Resultat. Ein Angebot, in der Nähe des Berliner Wasserwerkes in Tegel Wasser zu bekommen, zerschlug sich ebenfalls, da Berlin befürchtete, daß ein neues Werk Einfluß auf die Ergiebigkeit des alten haben könnte. Endlich war es gelungen, in der Nähe von Schulzendorf eine Offerte zu erhalten, wo denn auch sofort Bohrversuche angestellt wurden. Zunächst war das Resultat ein gutes, beim sechsten Bohrversuch stieß man jedoch auf stark moorige Schichten, die zu dem Zwecke wenig geeignet waren. Außerdem hatte sich Berlin zu derselben Zeit umfangreichen Besitz ganz in der Nähe gesichert. Die Versuche mußten erneuert werden. So kam man auf das Gebiet des Herrn v. Veltheim in der Nähe von Stolpe. Der geologische Unterbau soll hier das alte Oderbett sein. Die Bohrungen sind gut ausgefallen. Es sollen nach dem Vertrage 50 Morgen in einem Streifen von mindestens 25 Meter Breite erworben werden. Das Gelände zieht sich von dem alten Elsbruch bis zur Havel hin in einer Front von 150 Meter. Der große Stettiner Wasserweg wird hier zur Herbeischaffung von Kohle benutzt werden. Das Gelände gestattet die Anlage von 85 Brunnen, die in einer Entfernung von 31 Metern voneinander stehen. Es ist durch Vertrag festgelegt, daß in der Nähe dieses Geländes keine Fabrikbetriebe oder sonst eine Anlage geschaffen werden darf, die imstande wäre, das Grundwasser zu verunreinigen.

Die Kosten für den Grunderwerb und die ganzen Anlagen sind natürlich recht hohe. Der Morgen Land kostet bei Abschluß bis zum 1. Juli 6000 M., bis zum nächsten Jahre 7000 M. Wenn man die Entfernung von Berlin in Betracht zieht, ist dies ein recht hoher Preis. Bei der Anlage ist die Rohrleitung das kostspieligste. Das Druckrohr muß für die ganze Anlage eine Weite von 700 Millimeter haben. Für die erste Anlage würde jedoch ein solches von 500 Millimeter Durchmesser genügen. Es würden dadurch jetzt etwa 450 000 M. erspart werden. Bei voller Ausnutzung der ganzen Anlage müßte jedoch bald ein zweites 500 Millimeter starkes Rohr gelegt werden. Die Kosten für beide Rohre würden dann etwa 1 200 000 M. betragen. Es wird also ratsam sein, gleich ein 700 Millimeter-Rohr zu legen.

Die Gesamtkosten der ganzen Anlage betragen 3 036 000 M.

Nach einem Projekt, das von der Firma Börner u. Herzberg aufgestellt ist, würde bei einem Preise von 20 Pf. pro Kubikmeter Wasser schon in der ersten Zeit ein Gewinn verbleiben.

Die Gemeindevertretung erklärte sich im Prinzip mit der Vorlage einverstanden. Die Inbetriebnahme ist spätestens für den 1. April 1911 gedacht.

Trebbin (Kreis Teltow).

Der Schleusenkolk hat wieder ein Opfer gefordert. Wie von Augenzeugen berichtet wird, badete der 21jährige Tischlergeselle Pzelzer aus Stargard an der Schleuse und schwamm durch den Kolk. Beim Zurückschwimmen, gegen den Strom, in der Mitte angelangt, rief er plötzlich um Hilfe. Junge Leute, welche in unmittelbarer Nähe badeten, wagten sich aber nicht, ihm zu helfen. Zwei Erwachsene, welche schon beim Anziehen waren, sprangen nun schnell zur Hilfe herbei, kamen aber nur noch zurecht, um den Tischler kurz vor sich untergehen zu sehen. Wiederholtes Tauchen nutzte nichts, erst als man einen Kahn und Stangen herbeigeholt hatte, konnte die Leiche geborgen werden.

Potsdam.

Die Sittlichkeitsverbrechen in Sanssouci. Ein Unhold, dem die Kriminalpolizei vor einiger Zeit das schmähliche Handwerk gelegt hat, stand gestern in der Person des 45jährigen Arbeiters Robert Happe, Lennéstraße 49 wohnhaft, vor den Richtern der Strafkammer. Der Angeklagte hat sich den Vorpark in Sanssouci zum Felde seines verbrecherischen Treibens ausgesucht und durch Geldgeschenke Kinder angelockt, an denen er sich verging. Durch das Geplauder eines Jungen, der die Sache mit angesehen hatte, kam das verhängnisvolle Treiben des Wüstlings ans Licht. An drei Mädchen im Alter von 13, 9 und 8 Jahren hat sich H. vergangen. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 2 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis mit Rücksicht auf das Geständnis des Angeklagten. Die Kinderwelt ist vorläufig von diesem Menschen befreit.

Die elektrischen „Fischer" am Teltowkanal. In den nächsten Tagen wird das Potsdamer Schöffengericht gegen eine Anzahl Personen verhandeln, die im vergangenen Winter durch Anwendung eines ingeniösen Verbrechertricks schwunghafte Geschäfte trieben. Mehrere findige Köpfe benutzten die Oberleitung des Treidelwerkes am Teltowkanal als Stromleitung zum Fischen. Sie befestigten einen Draht an der Leitung und führten hochgespannten Strom ins Wasser. Dadurch wurden die Fische des Kanals auf 10 Meter im Umkreise betäubt und dann mit Netzen herausgefangen und billig verkauft. Es wurden direkt Engrosgeschäfte betrieben. Die „Fischer" gingen mit größter Vorsicht zu Werke. Als sie endlich überrascht wurden, leugneten sie, inzwischen haben sie sich zu einem Geständnis bequemt. Der Fischreichtum des Kanals wurde durch ihren Fang per Elektrizität erheblich gemindert.

Gerichts-Zeitung.

Prozeß Riedel.

Die seit 8 Tagen vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I geführte Verhandlung gegen den Dr. phil. Viktor Riedel ist gestern nachmittag zu Ende gegangen. Für die Freisprechung des Angeklagten plädierte nochmals in zweistündiger Rede Rechtsanwalt Dr. **Alsberg**, dem sich Rechtsanwalt **Hillebrand** in kurzen Ausführungen anschloß. Nach einer Replik des Staatsanwalts Dr. **Schindler** zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück, die etwa 2 Stunden dauerte. Gegen 2½ Uhr verkündete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor **Lieber** das Urteil. Aus den Gründen ist folgendes hervorzuheben: Der Angeklagte war beschuldigt, mit einer Person **unter 14 Jahren in zwei Fällen unzüchtige Handlungen vorgenommen, in vier Fällen unbescholtene Mädchen unter sechzehn Jahren verführt** und in **zwei Fällen** es unternommen zu haben, Zeugen **zum Meineide zu verleiten.** Gegen den Angeklagten waren in den letzten Jahren wiederholt Anzeigen ergangen, wonach er unsittlichen Handlungen beschuldigt wurde, es haben Untersuchungen stattgefunden, aber in keinem Falle ist es zu einer Hauptverhandlung gekommen, da sich immer Schwankungen in den Zeugenaussagen zeigten. Die Zeugen waren offenbar beeinflußt oder die Zeugen waren nicht zweifelsfrei. Es schwebte nun wiederum ein Verfahren, in welchem eine Zeugin eine belastende Aussage gemacht hatte. Am 22. November widerrief die Zeugin diese Aussage und behauptete, sie sei durch Drohungen zu dieser gezwungen worden. Nun erhielt die Polizei den Auftrag, das gesamte Treiben des Angeklagten zu beobachten und näher zu prüfen. Das geschah monatelang und hat ein reiches Ergebnis gehabt. Die Polizei hat wohl selbst nicht geglaubt, daß der Angeklagte noch die Stirn haben würde, sein Treiben noch fortzusetzen, als das Verfahren schon schwebte. Es wurden mehrere Mädchen festgehalten, die aus der Wohnung des Angeklagten herauskamen, Papiere wurden beschlagnahmt und so die Adressen verschiedener Personen festgestellt. Abgesehen von den zur Anklage stehenden Fällen stellte es sich heraus, daß der Angeklagte seit Jahren auf der Straße Mädchen zu seinem Verkehr gesucht, daß manche mit ihm in Verkehr getreten, nachdem er sie in einer Konditorei und dann in seine Wohnung mitgenommen und daß er manchen auch die Heirat in Aussicht gestellt hat. Es ist wohl im wesentlichen bei den Mädchen zunächst die Absicht gewesen, sich von dem Angeklagten freihalten zu lassen. Es war nicht festzustellen, daß sie gleich mit der Absicht des Geschlechtsverkehrs zu ihm gegangen sind. Wenn es ihm gelang, sein Opfer an sich zu ziehen, so erregte er sie durch **berauschende Weine und unzüchtige Gespräche,** benutzte sie dann zu seinen unsittlichen Zwecken und entließ sie dann mit einem kleinen Taschengeld oder Fahrgeld. In vielen Fällen sind den Mädchen auch perverse Zumutungen gemacht worden und er hat manche veranlaßt, ihre Schwester oder ihre Freundin mitzubringen. Wenn dann ein polizeiliches Verfahren drohte, hat der Angeklagte sich an die Betreffenden herangemacht und seinen Einfluß ausgeübt, damit sie nicht die Wahrheit sagen sollten. Dies ist das **allgemeine Bild.** Hier aber kommen nur **die** Fälle in Frage, in welchen der Angeklagte sich einerseits an eine Person unter 14 Jahren vergangen und andererseits Mädchen unter 16 Jahren verführt haben soll, aber auch nur unter der Voraussetzung, daß letztere unbescholten waren, daß seitens der Familie der Strafantrag gestellt ist und der Nachweis geführt werden kann, daß die Mädchen auch verführt worden sind.

In dem ersten Fall soll der Angeklagte mit der **13jährigen K.,** welche von ihren Eltern mit Obst zu ihm geschickt war, unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Sie hatte ihn erst nicht angetroffen, dann traf sie der Angeklagte auf der Treppe und nahm sie mit in seine Wohnung. Letzteres ereignete sich dann noch einmal. Dieser Tatbestand ist der Kriminalpolizei gelegentlich der Untersuchung eines anderen Falles bekannt geworden. Einem solchen jungen Mädchen kann man nicht ohne weiteres unbedingten Glauben schenken, sie ist aber ausführlich vernommen worden und machte in ihren detaillierten Angaben so viele einzelne Beschreibungen auch von der Wohnung usw., daß diese ihr unmöglich suggeriert worden oder erdacht sein konnten. Bezeichnend ist es auch, daß das Mädchen mit der Behauptung auftrat, daß es mit Drohungen seitens der Polizei zu ihrer belastenden Aussage gezwungen sei. Die Polizei hatte aber schon in der Voraussetzung, daß solche bekannten Einreden vorkommen würden, alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um solchen Verdacht nicht aufkommen zu lassen. Der Vater des Mädchens ist offenbar beeinflußt worden. Das Gericht hat die belastenden Angaben des Mädchens für durchaus glaubhaft gehalten. Hier mußte also eine **Verurteilung** erfolgen, dagegen ist in **den** Fällen der **Verführung der Mädchen unter 16 Jahren** ein **Freispruch** erfolgt. In diesen Fällen hat das Gericht nicht angenommen, daß die Mädchen unbescholten waren. Dagegen ist **Verurteilung** erfolgt in einem Falle der **Verleitung zum Meineide.** Die Zeugin Michalska wurde mit ihrer Freundin Preuß am 19. Februar 1907 vernommen. Beide gingen darauf zum Angeklagten und beschwerten sich, warum er sie in diese Sache hineingebracht habe. Die M. sagte ihm, was sie ausgesagt habe. Da ist der Angeklagte wütend geworden und hat ihnen gesagt, daß sie nicht aussagen brauchten und hat sie zu beeinflussen gesucht, die Aussagen, die sie auf der Polizei gemacht hatten, vor Gericht zu widerrufen. Die M. war schon eidesmündig, die Preuß aber noch nicht. Was den Fall der Helene W. betrifft, so steht fest, daß der Angeklagte das **11½jährige Mädchen verführt** hat. Die Familie hat aber **keinen Strafantrag** gestellt, sie hat vielmehr die Gelegenheit wahrgenommen, Geld von dem Angeklagten zu erhalten. Wie aus den Briefen hervorgeht, hat der Angeklagte bei der W. auch immer nur darauf hingewirkt, daß die Eltern keinen Strafantrag stellen sollten. Das Mädchen war außerdem noch nicht eidesmündig. Schließlich ist in dem Falle des Mädchens W. Freisprechung erfolgt, weil es noch kurz vor der Eidesleistung zugegeben hat, daß es schon vor dem Angeklagten Verkehr mit Männern gehabt hatte. — Der Angeklagte ist somit **schuldig in zwei Fällen des Sittlichkeitsverbrechens und in einem Falle der Verleitung zum Meineide.** Bei der Strafabmessung mußte berücksichtigt werden die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten, ferner daß er seine tierischen Begierden ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben seiner Mitmenschen befriedigte und in vielen Fällen großes Unglück anrichtete. Von mildernden Umständen konnte keine Rede sein, er hat die anderen nicht geschont und verdient auch deshalb keine Schonung. Der Gerichtshof hat deshalb auf eine Gesamtstrafe von **4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust** erkannt. Dabei ist für die Verleitung zum Meineide 2 Jahre Zuchthaus in Ansatz gebracht worden.

Vermischtes.

Die Tragödie eines jungen Liebespaares ruft in Rathenow allgemeines Aufsehen hervor. Aus der Havel am sogenannten Burgwall wurden gestern die Leichen der Arbeiterin Frieda Röhricht, Burgstr. 21, und des Mechanikers Scholtz, Burgstr. 23, gelandet. Vor drei Tagen wurde an derselben Stelle der Leichnam des vierjährigen Töchterchens der R. geborgen. Zwischen dem jungen Paare hatte seit einigen Jahren ein Liebesverhältnis bestanden, das nicht ohne Folgen bleiben sollte. Sch. hatte die feste Absicht, seine Geliebte zu heiraten, doch seine Eltern wollten ihm hierzu keine Einwilligung geben. Es kam infolgedessen zu einem völligen Bruch zwischen dem jungen Manne und seinen Angehörigen. Die beiden jungen Leute, die in der letzten Zeit auch von der Not heimgesucht wurden, faßten den Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Auch das Kind sollte mit in den Tod gehen. Vor einigen Tagen verschwand das Paar plötzlich. Angeblich waren die beiden nach Dresden zu einer Verwandten der R. gefahren. Als jedoch die Leiche des Kindes aus der Havel gelandet wurde, kam man zu einer anderen Ansicht. Gestern wurden die Leichen des Paares an das Ufer getrieben. Sie waren fest zusammengeschnürt. Das Kind hatten die beiden, bevor sie selbst ins Wasser gingen, ertränkt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Landsberg-Soldin. (Ortsverein Berlin.) Heute abend 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 2: Monatsversammlung. Gäste willkommen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. Heute abend 9 Uhr, „Arminhallen", Kommandantenstraße 58/59. Vortrag des Genossen Grunwald: „Was ist uns Goethe?" Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 38. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die erste Bresche. — Zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg. Von Emil Kloth. — Die dritte Duma. Von N. Trotzky. — Der siebente internationale Textilarbeiterkongreß in Wien. Von Aug. Baudert-Weimar. — Gewerkschaftsliteratur über Arbeiterstatistik und Tarifverträge. Von Adolf Braun. — Die Frankfurter Heimarbeitsausstellung. Von Wilh. Dittmann. — Zeitschriftenschau.

Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 5 und 6: Proletariat und Klassik. Von C. Korn. Die Anfänge einer modernen Monumentalmalerei. Von John Schikowski. Die Entwickelung des Weltalls. Von Anton Pannekoek. — Vom Bildungsausschuß: Zur Klassikerbibliothek für Arbeiter. Arbeiterbibliotheken. — Bücherschau: Josef Dietzgen, Erkenntnis und Wahrheit. Hermann Graf Keyserling, Unsterblichkeit. Karl Larsen, Poetische Reisen. Rudolf Hans Bartsch, Zwölf aus der Steiermark. Leonhard Schrickel, Der goldene Stiefel. Gerard van Hulzen, Vagabunden. — Lose Blätter: Von San Remo bis Monte Carlo.

Vom **„Wahren Jacob"** wird in den nächsten Tagen die 13. Nummer des 25. Jahrganges erscheinen. Sie gedenkt des siebzigsten Geburtstages Julius Motteler's durch persönliche Erinnerungen an ihn aus der Feder von Wilhelm Blos und durch Wiedergabe eines Porträts aus der Zeit des ersten Leipziger Aufenthalts. Ferner bringt die Nummer die beiden farbigen Bilder „Zwei Erzieher" und „Aus Mecklenburg", sowie die weiteren Illustrationen „Bülow in der Wahlnacht des 3. Juni", „Kaffeeklatsch", „Zur preußischen Landtagswahl", „Das gerettete Vaterland", „Der letzte Freiersmann", „Zwei Versemte auf der Suche nach Kameraden", „Fromme Landwirtschaft", „Bessere Zeiten jetzt" und „Aus Reval". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die preußische Landtagswahl", „Hans Guckindieluft", „Manteuffels Geisterstimme", „Gefängnisstimmungen" von Richard Wagner, „Lex Münzer", „Der letzte Ritter", „In Preußen", „Portier Kirschner", „Zivilisten und Zivilliste" von Alfred Scholz, „Der Blockchauffeur" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das satirische Feuilleton „Preußische Landeskunde" und die Novelle „Mütter" von Paul Enderling. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, [redacted] Fahrstuhl [redacted] wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Geschworener. Die Schöffen und die Geschworenen erhalten lediglich Vergütung der Reisekosten. (§§ 55 und 96 des Gerichtsverfassungsgesetzes). Ein Antrag, Diäten zu bewilligen, ist wiederholt von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt und wird wohl bei der nächsten Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes Annahme finden. — **G. W. 113.** Sie müssen infolge Ihrer Unterschrift für die Miete aufkommen. — **W. B. 88.** Nein, damals am Molkenmarkt. — **E. W. 67.** Leider Ja. — **A. 28.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet, indessen kann die Steuerdeputation auf Ihren Antrag hin Erlaß bewilligen. — **Nord 10.** Da Ihre Schwester bereits über 40 Jahre alt ist, ist es besser, die Selbstversicherung zu unterlassen, da diese zwecklos ist. — **Th. Sp. 9.** 1. Ja. 2. Sie können ein Gesuch an den Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommission richten. — **H. R. 21.** Eine Klage auf Ersatz des Schadens hätte Aussicht auf Erfolg. — **K. 22.** Sie müßten notariell oder gerichtlich einen Vertrag schließen. Der Vertrag hätte aber bezüglich der schwebenden Verbindlichkeiten keine Wirksamkeit. — **Samariter 1888.** Die Mitglieder der betreffenden Kolonne könnten gemeinschaftlich auf Herausgabe mit Erfolg klagen. — **J. M. 15.** Leider ja: das vorausgegangene Jahr ist für die Steuerveranlagung maßgebend. — **G. K. Weiß 33.** Die Eltern würden nur dann haften, wenn nachgewiesen würde, daß bei gehöriger Aufsicht das Unglück nicht passiert wäre. — **H. F.** Sie müßten sich an das Landratsamt des Kreises Niederbarnim wenden. — **G. 2.** Ja: ein Widerspruch wäre ohne Aussicht auf Erfolg. — **W. 29. Oranienstraße.** Nein.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Kalb- und Schweinefleisch nachgebend. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise fallend. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise fallend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft matt, Preise teilweise weiter nachgebend, sonst wenig verändert, Seefische kaum absetzbar. **Butter und Käse:** Geschäft lebhaft, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft anfangs flau, später lebhaft, Preise nachgebend.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.